

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Herausgeberin/Redaktion Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail info@fdp.ch Internet www.fdp.ch	Inserate TrisCom-Media AG Bündtenstrasse 10 4410 Liestal Telefon 061 926 93 33 Fax 061 926 93 30 E-Mail verkauf@tricom.ch Internet www.tricom.ch	Layout/Druck NZZ Print Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 ISDN 01 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
--	--	---

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

27. Jahrgang. Erscheint monatlich.

AZB
3001 Bern

Herr
Franz Georg Maier
Dir. Schweiz. Landesbibliothek
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Inhalt



Schengen/Dublin
NR Kurt Wasserfallen
ist überzeugter
Befürworter. **6**



Partnerschaftsgesetz
Fraktionspräsident
Felix Gutzwiller für
liberale Lösung. **7**

Sommeruniversität
Prominente Gäste
in Morges VD. **10/11**



FDP-Frauen
Sind Quoten
eine Lösung? **14/15**



Jungfreisinnige
Uri – die Versuchung
seit 1291. **16/17**

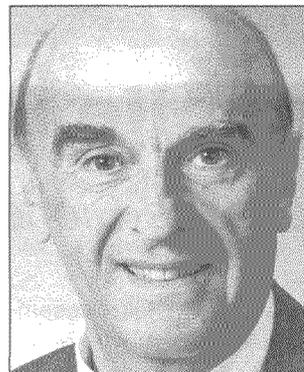
Liberalismus als Antwort auf Werbeverbote

Lernen müssen, mehr Liberalismus zu leben

Manche Werbeverbote sind nicht mehr mit Logik zu begreifen. Man hat gelegentlich den Eindruck, wir lebten zwar in einer Zeit schier unbegrenzter Möglichkeiten, aber unter immer punitiveren Bedingungen. Das Leben wird quasi zum Verbot mit Erlaubnisvorbehalt. Und der Hintergrund lautet im Tenor etwa folgendermassen: «Staat und Gesellschaft müssen das Individuum nicht nur durch die Menschenrechte schützen, sondern es darüber hinaus auch noch zum Masshalten und zum Ausgleich zwingen.» Der weise Paracelsus sagte demgegenüber lapidar und einfach: «Die Menge machts», und er wollte damit vor jeglichen Übertreibungen warnen.

Von Bundesrat Hans-Rudolf Merz, Vorsteher EFD, Bern

Werbeverbote für Rauchen, Alkohol, Lebensmittelkonsum, neuerdings sogar noch für Schönheitsoperationen gewinnen an politischem Schwung. Sie haben vor den Wahlen etwa den gleichen Charme wie Subventionsversprechen. Aber sie sind vom Ansatz her falsch. Warum? In der Aufklärung begannen die Philosophen auszulegen, was wahr ist. Im anschliessenden Jahrhundert wurde festgelegt, was wahr war. Heute ist alles wahr, auch das Gegenteil.



Hans-Rudolf Merz

Es ist deshalb schwer geworden, sich durch die Kontroversen, Wertgegensätze, Unkonventionen und Zeitströme zu bewegen, welche zur pluralistischen, oft auch orientierungslosen Gesellschaft am Ende des 20. Jahrhunderts geführt haben. Kollege Leuenberger verwendete vor zwei Jahren den Slogan «Vater werden ist nicht schwer, Vater sein dagegen sehr – Fristenlösung: ja», und er deutete damit auf die wachsenden Perversionen in unserer Gesellschaft hin. Man kann solchem Pluralismus, solcher Unbegrenztheit letztlich nicht mit Verboten begegnen.

Die beste, vernünftigste Alternative zu Verboten bietet der Liberalismus. Und wenn ich vom Liberalismus spreche, so denke ich weniger an eine parteipolitische Dogmatik als vor allem an eine humane Philosophie. Die liberale Weltanschauung geht nämlich vom Bild des selbstbestimmten, reifen Menschen aus, der Verantwortung für sich und für sein Umfeld wahrnimmt. Der Liberalismus sagt, dass man beim Menschen zuerst nach den Ursachen seines Verhaltens forscht. Damit können Fehlentwicklungen durch kluge Prävention verhindert werden. Der Liberalismus sagt so-

dann, dass man den Mitmenschen mit Toleranz begegnet. Damit werden die Selbstverantwortung und die Achtung gegenüber dem Mitmenschen gestärkt. Der Liberalismus sagt schliesslich, dass jeder Eingriff in die Privatsphäre des Menschen angemessen sein soll. Damit wird das Prinzip der Verhältnismässigkeit gewahrt.

Werbeverbote sind unter solchen Vorzeichen nicht zu rechtfertigen. Unterhalb dieser philosophischen und humanen Aspekte gibt es nach der Maxime «ohne Werbung kein Markt» aber durchaus auch eine Reihe von handfesten wirtschaftlichen Gründen gegen Werbeverbote.

Mir scheint, wir müssten der Unübersichtlichkeit dieser nachindustriellen Welt mit mehr liberalem Augenmass begegnen. Stattdessen werden die Netze der Kontrolle, der Aufsicht und der Verbote immer enger. Wenn ich mir vergegenwärtige, was in

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

meinem Departement an wachsender Aufsicht in Richtung der Geldwäscheerei, der Terrorismusfinanzierung oder an Ressourcen in Richtung Zoll und Grenzschutz erwartet wird, so komme ich nicht umhin, gelegentlich mehr Mut zur Lücke und mehr Bedarf an Priorisierung zu fordern. Unsere Gesellschaft wird lernen müssen, mehr Liberalismus zu leben und diesen von allen Formen des Missbrauchs, der Willkür und der Knechtschaft abzugrenzen. ■

Auszug aus dem Referat an der Mitgliederversammlung der Schweizer Werbung in Appenzell vom 29. April 2005

Dialog weiterführen!

FDP ist erstaunt über merkwürdige Von-Wattenwyl-Ausladung

Die FDP ist erstaunt über die bundesrätliche Ausladung zu den Von-Wattenwyl-Gesprächen vom 13. Mai. Der gemeinsame Dialog zwischen den Regierungsparteien und dem Bundesrat ist essentieller Bestandteil des schweizerischen Systems und sollte eher verdichtet denn abgestellt werden.

FDP. Die Bundesratsparteien haben gemeinsam beantragt, in den Gesprächen vom 13. Mai die Strafverfolgungsbehörden des Bundes zu thematisieren. Es handelt sich dabei um einen Bereich, in dem die geforderte Entbürokratisierung und Effizienzstei-

gerung bei den Bundesaufgaben exemplarisch aufgezeigt werden könnte. Der Bundesrat hat mit Brief vom 29. April die Bundesratsparteien informiert, diese Gespräche nicht durchführen zu wollen. Auch die SVP als federführende Partei hat mitge-

teilt, dass sie auf diese Gespräche verzichten will. Es ist bedauerlich, dass der Bundesrat diese Diskussion nicht führen will. Sorgt das Thema etwa für eine Störung im bürokratischen Getriebe? Die FDP hält das Signal für kontraproduktiv, den Dialog zwischen Parteien und Regierung leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Die FDP hofft, dass sich der Bundesrat von der Dialogverweigerungsstrategie einzelner Kräfte nicht anstecken lässt.

Die FDP ist für eine Intensivierung des lösungsorientierten Dialogs zwischen Bundesratsparteien und Bundesrat. Sie hat zum Zweck gemeinsamer Arbeiten vor einem Jahr den eckigen Tisch initiiert. ■

Anpassung der Armee an die aktuelle Bedrohungslage

FDP fordert moderne Sicherheitspolitik und Planungssicherheit

Die Schweizerische Sicherheitspolitik muss effizient auf die heutige Bedrohungslage ausgerichtet sein. Die FDP unterstützt deshalb die Vorschläge des Bundesrats zur Umsetzung der Entwicklungsschritte der Armee 2008/2011. Die friedensunterstützenden Operationen der Schweiz sind gezielt auszubauen, weil dadurch lokale Krisen beseitigt werden können, bevor sie zu einem Flächenbrand werden.

FDP. In absehbarer Zeit ist die Bedrohung der Schweiz durch konventionelle Armeen nicht vorhanden. Die aktuelle Bedrohungslage stellt vor allem an die in-

ternationale Polizeizusammenarbeit hohe Anforderungen. Auch aus diesem Grund befürwortet die FDP das Abkommen von Schengen/Dublin. Ebenfalls befürwortet wird unter diesem Blickwinkel eine Anpassung der Verteidigungskapazitäten auf einen Aufwuchskern, also auf eine reduzierte Anzahl Soldaten, welche im Krisenfall aufgestockt werden kann. Dieser Kern darf allerdings nicht bloss eine Panzerbrigade umfassen, sondern muss die zentralen Elemente der Verteidigungskompetenz und militärischer Innovation enthalten. Aus diesem Grund müssen die Mittel prioritär für hochtechnologische

Aufklärungs-, Kommunikations- und Führungssysteme eingesetzt werden. In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass international koordinierte friedensunterstützende Operationen wesentlich dazu beitragen, dass aus einer lokalen Krise kein Flächenbrand wird, der auch die Schweiz erreichen könnte. Die FDP fordert deshalb, dass die Beteiligung der Schweiz an friedensunterstützenden Operationen gezielt über die bundesrätlichen Beschlüsse hinaus ausgebaut wird. Ein entsprechender Vorstoss wurde bereits in der Frühjahrs-session eingereicht. Damit schaffen wir direkt mehr

Sicherheit, und indirekt werden Migrationsströme verhindert, welche auch in der Schweiz zu einer Zunahme an Asylgesuchen führen könnten. Um an diesen Operationen teilnehmen zu können, muss die Schweiz entsprechend ausgerüstet sein. Die FDP setzt sich deshalb nach wie vor für die Beschaffung von Transportflugzeugen für unsere Soldaten ein. Die Armee ist gemäss ihrem Auftrag auszurüsten und nicht nach parteipolitischen Bedürfnissen. Zentrales Element für die erfolgreiche Umsetzung sämtlicher Reformen der Armee ist die Planungssicherheit. Die FDP fordert aus diesem Grund die Ein-

führung mehrjähriger Rahmenkredite. Die Planungssicherheit beinhaltet auch, dass die notwendigen Mittel bereitzustellen sind. Im jährlichen Durchschnitt sind deshalb die rund vier Milliarden Franken in die Armee zu investieren, welche im Rahmen der Armeereform XXI veranschlagt wurden. Weitere Investitionsumlagerungen sind innerhalb der Armee allerdings notwendig und möglich. Der geplante Abbau der Einsatz- und Logistikinfrastruktur ist zu ergänzen durch Partnerschaften mit kostengünstigen privaten Anbietern. In anderen europäischen Staaten wird dies bereits mit Erfolg praktiziert. ■

Die Liberale Aktion unter der Lupe

Präsidentin Monika Notter über Hintergrund, Aktionen und Ziele

Die Liberale Aktion führte im März ein interessantes Seminar zur Rolle des Staates in den Sozialversicherungen durch (im «Freisinn»). Wir haben uns stellvertretend für den Vorstand mit Monika Notter, der Präsidentin der Organisation, unterhalten.

«Freisinn»: Einige unserer Leserinnen und Leser kennen die Liberale Aktion – oder kannten sie unter dem früheren Namen «Redressement national» –, anderen ist die Organisation noch kein Begriff. Wer ist die Liberale Aktion, und welches sind ihre hauptsächlichsten Tätigkeiten?

JA  www.fdp.ch
FDPO
Freisinn/Demokratische Partei

...zu weniger Asylmissbrauch Mit dem Sicherheitsvertrag Schengen/Dublin wird die internationale Zusammenarbeit im Asylbereich verbessert. Von der EU abgewiesene Asylbewerber können kein zweites Gesuch in der Schweiz stellen – anders als heute. Das reduziert den Asylmissbrauch und führt zu massiven Einsparungen.

Darum JA zu Schengen/Dublin.

Monika Notter: Die Liberale Aktion ist tatsächlich erst seit einigen Jahren ein geläufiger Begriff in der schweizerischen Politlandschaft. Die Vereinigung wurde in den 1930er Jahren unter dem Namen «Redressement national» mit den Zielen gegründet, totalitären Ansichten in der Schweiz keinen Raum zu geben und eine liberale Wirtschaftspolitik zu vertreten. Aus diesem Hintergrund stammt unser Einsatz für den Föderalismus, der bis heute eine der wichtigsten Maximen geblieben ist. Unsere Kernkompetenzen sehen wir in den Bereichen Steuern, öffentliche Finanzen, Sicherheitspolitik und Staatspolitik. Der Namenswechsel vor einigen Jahren steht für eine klare und eingängige Positionierung, keineswegs aber für eine Abkehr von unseren politischen Zielen.

Ist die Liberale Aktion einer Partei angeschlossen?

Nein, wir sind nicht einer bürgerlichen Partei besonders verpflichtet. Unsere Mitglieder tragen unterschiedliche Parteifarben, gemeinsam ist ihnen der Einsatz für dezidiert bürgerliche Werte und eine klare Orientierung auf die Bedürfnisse der Wirtschaft. Die Liberale Aktion muss, anders als Parteien, nicht in einer frühen Phase einer Diskussion auf Kompromisse hinarbeiten. Dadurch können wir unsere Positionen



Monika Notter

deutlicher herausstreichen und uns ein klares Profil geben.

Wie viele Mitglieder hat die Liberale Aktion, und welches sind die Vorteile einer Mitgliedschaft?

Die Liberale Aktion hat heute rund 2500 Mitglieder und ist eine gesamtschweizerische Bewegung. Wir organisieren für unsere Mitglieder jährlich zwei Tagungen, an denen profilierte Referenten über ein aktuelles Thema diskutieren. In diesem Jahr befassen wir uns schwerpunktmässig mit den Sozialversicherungen und durften im März in Zug zwei eindrückliche Referate von Prof. Franz Jaeger und dem Wirtschaftsjournalisten Beat Kappeler hören. Die Liberale Aktion möchte ihren Mitgliedern prä-

nante Anlässe bieten, an denen die Möglichkeit besteht, mit einigen der bestausgewiesenen Fachleute in der Schweiz ins Gespräch zu kommen.

Auf ihrer Website gibt sich die Liberale Aktion als «mittelstandsorientiert» zu erkennen. Wie definieren Sie den Begriff Mittelstand?

Für mich gehören alle Bürgerinnen und Bürger, welche nicht Trittbrettfahrer beim Staat sind, zum Mittelstand. Das sind KMU-

Leute, aber selbstverständlich auch Angestellte. Entscheidend ist, dass Mittelständler nicht glauben, dass der Staat alle Probleme für sie zu lösen habe oder dass sie auf Kosten zukünftiger Generationen leben könnten.

Das Gespräch mit Monika Notter führte Nico Zila von der Redaktion des «Freisinns».

Mehr Informationen und das Anmeldeformular finden Sie auf www.liberale-aktion.ch.

Zur Person: Monika Notter

Monika Notter ist seit 2000 Präsidentin der Liberalen Aktion. Sie war von 1972–1980 Mitglied im Stadtrat von Bern und vertrat anschliessend die FDP im Berner Grossrat. Während 13 Jahren war sie Präsidentin der FDP-Frauen des Kantons Bern. Monika Notter lebt in Huttwil BE und führt ein Consulting-Büro in Zürich.

Den liberalen Werten Nachachtung verschaffen

FDP und LPS am Kongress von Liberal International in Sofia

Liberal International (LI, der internationale Zusammenschluss der Liberalen) tagte vom 12. bis 14. Mai in der bulgarischen Hauptstadt Sofia. Unter dem Kongress-thema «Freiheit und Sicherheit» interessierten in erster Linie die weltweiten Herausforderungen der liberalen Gesellschaft. Der neue LI-Präsident Lord Alderdice warb für eine unelitäre, offene Interpretation des Liberalismus.



Guido Schommer

Von FDP-Generalsekretär
Guido Schommer, Bern

Was unterscheidet die Schweiz von der Elfenbeinküste? Ja, sicherlich die geografische Lage, das Klima, die Bevölkerungszahl und -struktur, das Volkseinkommen usw. Aber noch einen gravierenden Unterschied gibt es: Der

frühere liberale Premierminister der Elfenbeinküste, Alassane Ouattara, muss heute mit seinen Parteigetreuen im französischen Exil leben, während sein Heimatland von einem Gewaltregime «geführt» wird. Freiheit, Respekt der Menschenrechte, Demokratie sind in diesem westafrikanischen Staat keine Selbstverständlichkeit. Sie müssen auch Jahre nach Ende der Kolonialherrschaft immer wieder neu erkämpft werden.

Europa als liberales Projekt

Was unterscheidet die Schweiz von Bulgarien, in dessen Hauptstadt Sofia vom 12. bis 14. Mai 2005 LI tagte? Ja, sicherlich die geografische Lage, das Klima, die Bevölkerungszahl und -struktur, das Volkseinkommen usw. Aber auch die immer noch verbreitete Korruption, die veraltete Infrastruktur, die Präsenz mafiöser Organisationen – und: die Hoffnung auf Europa. Simeon Saxe-Coburg, der liberale bulgarische Premierminister, sieht dem geplanten Beitritt seines Landes zur Europäischen Union 2007/2008 erwartungsfroh entgegen. Für ihn ist Europa ein liberales Projekt, das die wirtschaftliche Benachteiligung seines Landes beseitigen soll, indem einige wesentliche Prinzipien wie offene Handelsbeziehungen, freier Wettbewerb und freier Investitionsfluss irreversibel gesichert werden und Zugang zu Know-how für jüngere Bulgaren ermöglicht wird.

Liberaler benötigen weltweit Unterstützung

In der Vertiefung solcher Begegnungen mit Liberalen anderer Länder besteht einer der Seinszwecke der Liberal International (LI). Zusätzlich hilft die LI, die Ideen des Liberalismus in alle Kontinente zu tragen, bis ins südliche Afrika und

nach Südostasien. Nur allzu oft müssen Liberale heute noch schwerste Einschränkungen in Kauf nehmen, wenn sie ihre Überzeugungen kundtun. Diese Kämpferinnen und Kämpfer benötigen die Unterstützung einer internationalen Organisation, welche sensibilisiert, Druck auf Regierungen ausüben kann, Know-how vermittelt. Und dies mit einem bemerkenswert bescheidenen Mitarbeiter-Etat von gerade einmal zehn Personen, die von London aus arbeiten.

Liberalismus ist kein Minderheitenprogramm

LI hat seit dem 14. Mai einen neuen Präsidenten: Der nordirische Lord Alderdice folgte auf Annemie Neyts-Uyttebroek aus Belgien. Annemie Neyts hatte LI während ihrer Amtszeit sowohl in die Breite (mehr Mitgliedsparteien) als auch in die Tiefe (mehr Programme und Services) verändert. Der 50-jährige Lord Alderdice brachte in seiner viel beachteten Präsidentschaftsrede klar zum Ausdruck, dass Liberalismus weder Minderheitenprogramm noch elitäres intellektuelles Spielzeug ist. Vielmehr sei den liberalen Prinzipien der Chancengleichheit, der Rechtsstaatlichkeit, des Respekts der Menschen-

würde auch in Europa und den USA wieder mehr Nachachtung zu verschaffen.

Geschlossener Auftritt der Schweizer Delegation

Inhaltlich interessierten Diskussionsrunden zur Laizität der modernen Gesellschaft, zur Vereinbarkeit von Islam und liberaler Politik, zur liberalen Aussenpolitik im 21. Jahrhundert, zur Situation am Schwarzen Meer (aufgrund der Lage Bulgariens), zum Missbrauch der Angst im politischen Umfeld und zum Wettbewerb in einer globalisierten Welt. Resolutionen zu diesen Themen sowie zu Krisenregionen in grosser Zahl bringen diese Arbeit auf den Punkt.

Die Schweiz war in Sofia offiziell mit dem Präsidenten (NR Claude Ruey) und dem Generalsekretär (Christophe Berdat) der Liberalen Partei und dem Unterzeichneten im Auftrag der FDP vertreten. Ein geschlossener Auftritt ermöglichte es der Schweizer Delegation, bereits jetzt ein einiges Bild abzugeben – zugegebenermassen etwas in Vorwegnahme der Union, die am 25. Juni in Neuenburg gegründet werden soll. ■

ELDR – die europäische Partei

Parallel zur LI tagte in Sofia auch die European Liberal Democrats Party (ELDR), der Zusammenschluss der Europäischen Liberalen Parteien. Auch dort ist die FDP Schweiz Mitglied, obwohl sie keine Parlamentarier in die gemeinsame Fraktion des Europäischen Parlaments entsendet. Das sogenannte «Council Meeting» beschäftigte sich

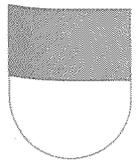
mit dem Liberalismus in einer multikulturellen Gesellschaft und mit einer Totalrevision der Statuten sowie mit der Vorbereitung des nächsten Kongresses in Bratislava im September. Die Schweizer Delegation wird eigene Vorschläge zum Wahlverfahren und zur geplanten Erklärung von Bratislava einbringen.

Mehr über Liberal International wissen?

Besuchen Sie die Website: www.liberal-international.org

Solothurn

Geleitete Schulen eingeführt



Mit der Annahme des Gegenvorschlags zur Lehrerverband-Initiative für geleitete Schulen haben die Stimmenden am 24. April eine zentrale Reform im Volksschulbereich gutgeheissen. Die FdP des Kantons Solothurn ist darüber erfreut. Die Professionalisierung der Schulleitungen bringt eine Qualitätssicherung und die Weiterentwicklung auf einem wichtigen Gebiet, sie unterstützt und entlastet aber auch die Lehrkräfte. Die Kosten von insgesamt 12 Millionen Franken sind

nach Auffassung der FdP eine Investition in die Zukunft. Die FdP ist erfreut darüber, dass eine der letzten Vorlagen von Bildungsdirektorin Ruth Gisi eine so deutliche Zustimmung erfahren hat. Ihr pragmatisches Vorgehen hat sich einmal mehr bewährt. Geleitete Schulen wurden seit 1995 in mehreren Gemeinden in Pilotversuchen erprobt, und das hat nun zur breiten Akzeptanz des Gegenvorschlags des Kantonsrats geführt. ■

Basel-Landschaft

Jungfreisinnige Volksinitiativen angelaufen



Seit Januar läuft die Unterschriftensammlung der Jungfreisinnigen Baselland für die Volksinitiativen für eine Steuersenkung und eine Schuldenbremse. Die Volksinitiative für eine Steuersenkung möchte die Steuerbelastung für natürliche Personen schrittweise über acht Jahre um durchschnittlich 8% senken. Dabei können tiefe Einkommen mit einer Steuerentlastung von insgesamt bis zu 40% rechnen, hohe Einkommen können mit einer Entlastung

von 4% rechnen. Für Unternehmen beträgt die schrittweise Steuersenkung über acht Jahre insgesamt 10%. Zusätzlich kommt es zu einer Minderung der Steuerbelastung bei den Gemeindesteuern, da diese in Abhängigkeit zur Staatssteuer stehen. Mit der Entlastung der Unternehmen erhoffen sich die Jungfreisinnigen eine stärkere Investitionstätigkeit im Basbiet und eine Steigerung der Standortattraktivität. Dies führt zum Zuzug neuer Unternehmen und ist somit Anstoss für mehr Arbeitsplätze, höhere Löhne und mehr Steuererträge.

Die zweite Initiative für eine Schuldenbremse soll die erste unterstützen, indem sie den Selbstfinanzierungsgrad in der Verfassung auf 100% fixiert. Zugleich lässt die Initiative eine hohe Investitionstätigkeit des Kantons zu und erlaubt, über einen Zyklus von fünf Jahren konjunkturelle Schwankungen auszugleichen. Die Mär, es müsse Geld gespart werden, stimmt nicht, denn der Ertrag von Gemeinden und Kanton wächst jährlich. Mehr Informationen und Unterschriftenbogen können Sie im Internet unter www.jfbl.ch beziehen. ■

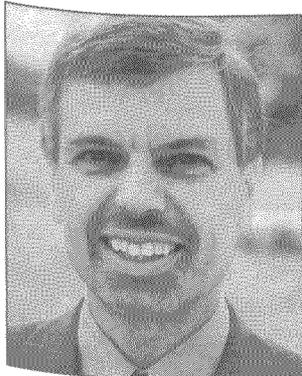
Aargau

Neue Kantonalpräsidentin



Die FDP Aargau hat an ihrem Parteitag vom 26. April in Zofingen Herbert H. Scholl nach neunjähriger Präsidentschaft verabschiedet und die Seenger Grossrätin Doris Fischer-Taeschler als seine Nachfolgerin gewählt (vgl. auch die Vorschau in der letzten Ausgabe). Mit der Wahl von Doris Fischer-

Taeschler wurde eines der beiden Vizepräsidien frei. Der Parteitag hat Grossrätin Ursula Brun aus Rheinfelden in dieses Amt gewählt. Sie ist seit 1993 Mitglied des Grossen Rates und bekleidete bisher das Amt der Ressortchefin Gesundheit und Soziales der FDP Aargau. Als bisheriger Vizepräsident wurde Thierry Burkart, Grossrat, Baden, wiedergewählt. ■



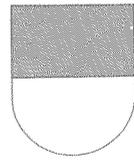
Herbert H. Scholl



Doris Fischer-Taeschler

Solothurn

Esther Gassler ist Regierungsrätin



Die FdP des Kantons Solothurn hält weiterhin zwei Sitze im Solothurner Regierungsrat. Die FdP ist erfreut über die Wahl von Esther Gassler, der 53-jährigen Primarlehrerin, Unternehmerin, Gemeindepräsidentin und Kantonsrätin aus Schönenwerd. Sie gratuliert ihrer Kandidatin zum ausgezeichneten Resultat vom 24. April, das sie ohne Absprache mit anderen Parteien, aber mit deren Unterstützung erreicht hat.

Es ist dabei in Rechnung zu stellen, dass Esther Gassler vor sieben Monaten als weitgehend unbekannte Kandidatin in den Wahlkampf gestartet ist. Sie hat inzwischen eine breite Wählerschaft von ihren Qualitäten und ihren Fähigkeiten sowie von ihrer Reformfreude überzeugt. Nicht zuletzt stellt die FdP mit Esther Gassler die einzige Frau in der Regierung – wie schon seit 1987 mit Cornelia Füg und seit 1997 mit Ruth Gisi.

Nach zwei Jahren erfährt die Zusammensetzung der Regierung durch den Sitzgewinn der CVP (Klaus Fischer) zulasten der SP (Abwahl von Roberto Zanetti) erneut eine Änderung. Die FdP nimmt diesen Wählerwillen zur Kenntnis. Sie erwartet auch von der neuen Regierung eine kon-

struktive Zusammenarbeit zum Wohl des Kantons. Dabei wird der bereits am 27. Februar bestätigte freisinnige Finanzdirektor Christian Wanner, der nun das an Amtsjahren älteste Mitglied der Regierung ist, seine besondere Verantwortung wahrnehmen. ■

Anzeige

Recht verstehen...

Ihr Weg
zum Recht.

www.binderlegal.ch
T 056 204 02 00
T 062 832 10 50

Binder
rechtsanwälte

Schengen/Dublin: Im Interesse unseres Landes

Die Schweiz profitiert in vielen Bereichen

Am 5. Juni entscheidet das Schweizer Stimmvolk über den Beitritt der Schweiz zu Schengen/Dublin. Das Abkommen ist Teil der Bilateralen II und die Verhandlungen wurden auf Wunsch der Schweiz aufgenommen. Die Vorteile für die Schweiz überwiegen klar.

Von Kurt Wasserfallen,
Nationalrat, Bern

Das Verhandlungsergebnis der Schweiz bei den Bilateralen II ist für die Schweiz ein Erfolg. Im Gegenzug zu den Forderungen der EU (Zinsbesteuerung, Betrugsbekämpfung) brachte die Schweiz Verhandlungen

über Schengen/Dublin ins Spiel. In der Schweiz läuft die heisseste Debatte nun aber gerade über das von der Schweiz gewünschte Abkommen Schengen/Dublin. Die Gegnerschaft argumentiert dabei nicht mit rationalen Argumenten, sondern mit emotionaler Verunsicherungstaktik. Für

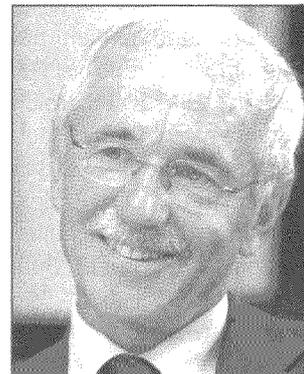
mich ist klar: Schengen/Dublin bringt für die Schweiz eindeutige Vorteile.

Ja zu mehr Sicherheit

Schengen/Dublin regelt die internationale Zusammenarbeit in der Verbrechensbekämpfung. Dank dem Schengener Informationssystem SIS sind über 11 Millionen Daten innert Minuten in allen Mitgliedstaaten zugänglich. Davon wird die Schweiz profitieren. Im Übrigen besteht die Gefahr, dass die Schweiz zum Schlupfloch für Verbrecher wird. Schengen/Dublin schafft Sorgen für die Kriminellen und bringt Sicherheit für uns.

Ja zu weniger Asylmissbrauch

Mit dem Dubliner Abkommen wird die internationale Zusammenarbeit im Asylbereich verstärkt. Durch die Datenbank EURODAC kann ein Asylsuchender nur in einem einzigen Mitgliedstaat ein Asylgesuch einreichen. Damit können Zweitasyllgesuche auch in der Schweiz verhindert werden, was die Gesuchszahlen senken wird und Kosten sparen lässt. Die Asylpolitik bleibt jedoch in der Obhut der Schweiz. Wir können weiterhin unsere eigene Asylpolitik gestalten. Das Abkommen regelt lediglich die Zuständigkeit für die Bearbeitung der Asylgesuche.



Kurt Wasserfallen

Ja zu mehr Tourismus-Chancen

Teil des Abkommens ist auch das Schengen-Visum. Dieses ermöglicht das Bewegen in den Mitgliedstaaten des Abkommens. Das Schengen-Visum gilt nur für eine Dauer von drei Monaten und ist damit insbesondere für Touristen und Geschäftsreisende interessant und von Bedeutung. Heute müssen die Touristen aus visumpflichtigen Staaten (z. B. Russland, China, Indien) für einen Besuch in der Schweiz ein separates Visum einholen. Die Schweiz braucht den Tourismus. Die Schweiz kann sich nicht erlauben, in diesem stark umkämpften Markt die schlechteren Karten in der Hand zu halten. Schengen/Dublin ist im Interesse unseres Landes. Ein Ja zu diesem Abkommen ist ein Ja zu mehr Sicherheit, zu weniger Asylmissbrauch und zu einem starken Tourismusstandort Schweiz.

FDPO  jungfreisinnige schweiz
jeunes radicaux suisse
giovani liberali svizzeri
giuveni liberali svizzeri

RADICAL  FDPO
FREIHEIT SCHWEIZ

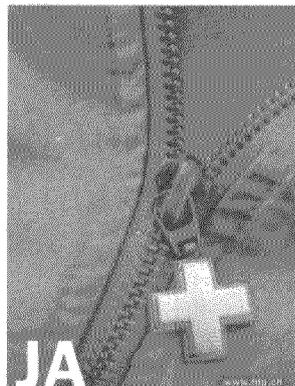
Einladung

zum Abstimmungs-Fest

2xJA

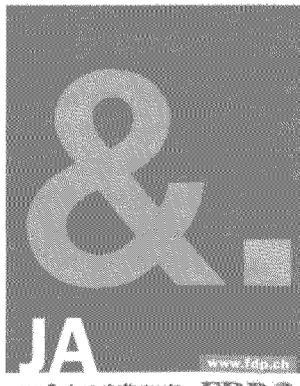
...mit Umtrunk

Sonntag, 5. Juni
13.30 – 17.00 Uhr
Restaurant Äusserer Stand,
Zeughausgasse, Bern



JA
zu Schengen/Dublin
am 5. Juni

FDPO



JA
zum Partnerschaftsgesetz
am 5. Juni

FDPO

Anmeldung erwünscht
per Mail an fischer@fdp.ch

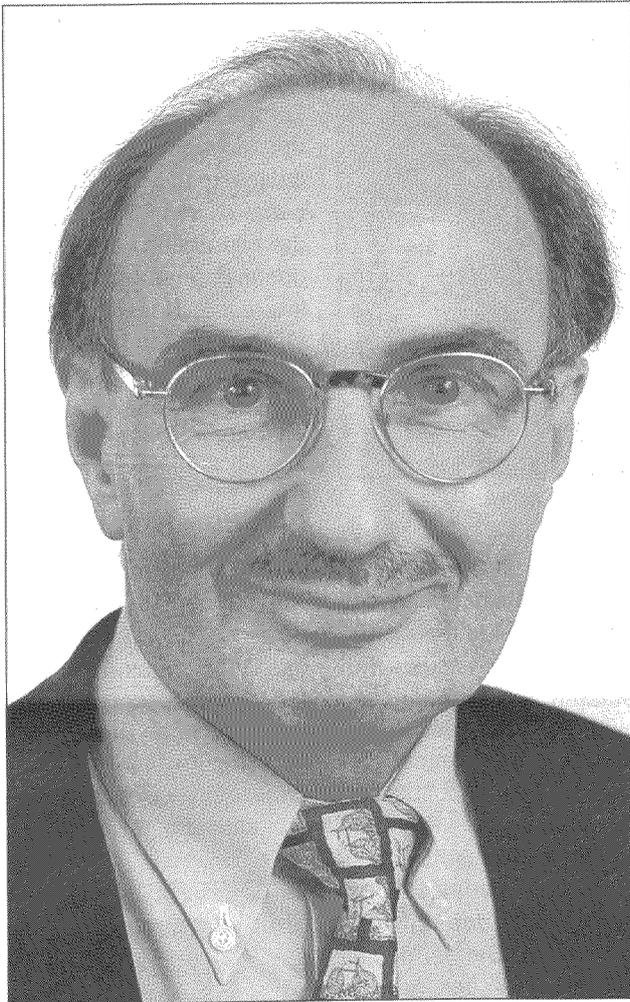
Ja zum Partnerschaftsgesetz

FDP unterstützt liberale und tolerante Regelung

Gleichgeschlechtliche Paare sollen die Möglichkeit haben, Ja zueinander sagen und gegenseitige Verantwortung übernehmen zu können. Dabei übernehmen sie Rechte wie auch Pflichten. Die FDP unterstützt in der Volksabstimmung vom 5. Juni die liberale Vorlage über das Partnerschaftsgesetz.

Von Felix Gutzwiller,
Nationalrat und
Fraktionspräsident,
Zürich

Das Partnerschaftsgesetz regelt auf einfache und moderne Weise die Lebensgemeinschaft von zwei erwachsenen gleichgeschlechtlich orientierten Personen. Zwei Personen gleichen Geschlechts können ihre Partnerschaft beim Zivilstandsamt eintragen lassen. Sie dürfen weder miteinander verwandt sein noch bereits in eingetragener Partnerschaft leben oder verheiratet sein. Ihr Zivilstand lautet «in eingetragener Partnerschaft». Das neue Gesetz verpflichtet die Partnerinnen oder Partner, einander Beistand zu leisten und aufeinander Rücksicht zu nehmen. Sie sollen gemeinsam für ihren Unterhalt sorgen und dürfen nur einvernehmlich über ihre Wohnung verfügen. Auf Verlangen müssen sie einander Auskunft über Einkommen, Vermögen und Schulden geben. Die Eintragung der Partnerschaft hat, anders als die



Felix Gutzwiller

Eheschliessung, keine Auswirkungen auf den gesetzlichen Namen. Für das Aufenthaltsrecht und das Schweizer Bürgerrecht gelten hingegen die gleichen Anforderungen wie für Ehepaare. Die erleichterte Einbürgerung ist für eingetragene Paare allerdings nicht möglich.

Rechte und Pflichten

In wichtigen Bereichen wie dem Erbrecht, den Sozialversicherungen und der beruflichen Vorsorge haben gleichgeschlechtliche

Paare dieselben Rechte und Pflichten wie Ehepaare. Wird nichts anderes

vereinbart, so verfügt jede Partnerin und jeder Partner über das eigene Vermögen. Die eingetragene Partnerschaft bringt neben Rechten auch Pflichten. Gleichgeschlechtliche Paare tragen Verantwortung für den Partner oder die Partnerin in einer Notlage. Im Bereich der Steuern und AHV sind es dieselben Verpflichtungen, die auch Ehepaaren auferlegt sind.

Die eingetragene Partnerschaft ermöglicht gleichgeschlechtlichen Paaren, in einer rechtlich anerkannten und geregelten Partnerschaft zu leben. Diese Regeln umfassen unter anderem das Erb- und Besuchsrecht, das Zeugnisverweigerungsrecht und Sozialversicherungsansprüche. Zudem werden die Partner als Angehörige anerkannt.

Adoption weiterhin nicht möglich

Gleichgeschlechtliche Paare können keine Kinder adoptieren. Insbesondere ist es auch untersagt, ein leibliches Kind der Partne-

rin oder des Partners als eigenes anzunehmen. Ebenfalls ausgeschlossen ist eine medizinisch unterstützte Fortpflanzung (z. B. durch künstliche Befruchtung).

Will ein Paar die Partnerschaft einvernehmlich auflösen, so kann es dies beim Gericht beantragen. Leben die Partnerinnen oder Partner seit mindestens einem Jahr getrennt, ist auch eine Auflösung auf einseitige Klage möglich. In Härtefällen kann das Gericht Unterhaltsbeiträge festsetzen.

Freiheitliches Gesetz

Die FDP hat das Gesetz von Anfang an klar unterstützt. Für die FDP ist dieses Gesetz Zeichen einer toleranten und freiheitlichen Schweiz. Es anerkennt den Willen auch der gleichgeschlechtlich empfindenden Personen, ihre Partnerschaft und ihr Zusammenleben in gemeinsamer Verantwortung zu gestalten. Deshalb: Am 5. Juni 2005 ein klares Ja zum Partnerschaftsgesetz! ■

FDP-Parolen für die Abstimmungen vom 5. Juni

Die Delegiertenversammlung der FDP Schweiz und alle FDP-Kantonalparteien, welche sich bis zum 13. Mai zu den Vorlagen geäußert haben, haben für die aktuellen Abstimmungsvorlagen folgende Parolen gefasst:

- Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Assoziierung an Schengen und an Dublin
- Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare

JA

JA

Bilaterale Verträge: massgeschneidert für die Schweiz

Aussenpolitische Erfolge am 5. Juni und 25. September sind zentral

Der Schweizer Bevölkerung stehen in diesem Jahr zwei wichtige aussenpolitische Urnengänge bevor. Am 5. Juni stimmen wir über den Sicherheitsvertrag Schengen/Dublin und am 25. September über die Bestätigung des bilateralen Weges mit dem Personenverkehrsabkommen ab. Die FDP kämpft auf allen Ebenen an vorderster Front für diese Vorlagen.

Von Michel Fischer,
Kampagnenleiter FDP
Schweiz, Bern

Die Vorteile von Schengen/Dublin überwiegen deutlich. Daher ist die FDP auf allen Stufen der Partei an vorderster Front im Einsatz für einen erfolgreichen Abstimmungsausgang am 5. Juni engagiert. In den Ortsparteien werden Standaktionen durchgeführt, Podiumsveranstaltungen organisiert und Flyers verteilt. Die Kantone organisieren Wildplakatierungen und unterstützen damit die Bestrebungen der FDP Schweiz, mit einer eigenen sichtbaren Kampagne in Erscheinung zu treten.

Die Inserate in dieser Ausgabe des Freisinns zeigen die Schwerpunkte unserer Kampagne zu Schengen/Dublin. Dieses Abkommen bringt der Schweiz

- mehr Sicherheit
- weniger Asylmissbrauch
- mehr Tourismus-Chancen

Terrain eben für den 25. September

Die Kampagne der Gegner zeigt klar auf, dass für sie die zentrale Abstimmung am 25. September stattfindet. Ihre Angstmacherei über den Verlust von Arbeitsplätzen soll im Hinblick auf den 25. September eine negative Grundstimmung verbreiten mit



Michel Fischer

dem Ziel, die Abstimmung über die Ausdehnung des Personenverkehrsabkommens auf die neuen EU-Staaten zu gewinnen. Ein allfälliger Erfolg am 5. Juni wäre für die Gegner der beiden aussenpolitischen Abstimmungen lediglich ein Zwischenschritt zum eigentlichen Vorhaben: der Beendigung des bilateralen Weges. Die vermeintlichen Retter der Arbeitsplätze verkennen, dass wir nur mit einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn Arbeitsplätze schaffen werden. Wer mit einem Nein zu Schengen/Dublin dem Tourismus Steine in den Weg legt und mit einem Nein zum Personenverkehrsabkommen unserer Wirtschaft den Zugang zum europäischen Markt verwehrt, hat kein Recht, als Bewahrer unserer Arbeitsplätze dazustehen.

Die FDP überzeugt

Die FDP ist überzeugt von den positiven Auswirkungen des bilateralen Wegs.

Europa ist für die Schweiz der wichtigste Aussenhandelspartner. Eine Annahme und Bestätigung der bilateralen Verträge ist daher in unserem eigenen Interesse. Unsere Arbeitsplätze sind von einer funktionierenden Wirtschaft abhängig; geben wir ihr also die Rahmenbedingungen für neues Wachstum.

Die FDP mobilisiert

Für die Abstimmung vom 5. Juni hat die FDP bewiesen, dass sie für dieses wichtige Abkommen kämpft. Die Freisinnigen sind auf der Strasse an Standaktionen anzutreffen, nehmen an unzähligen Podiumsveranstaltungen teil und mo-

bilisieren damit die Wählerinnen und Wähler für ein Ja am 5. Juni. Um jedoch die Abstimmung über das Personenverkehrsabkommen gewinnen zu können, braucht es eine noch grössere Überzeugungsarbeit. Die millionenschwere Kampagne der Gegner gegen Schengen/Dublin war nur der Vorgeschmack dessen, was uns noch erwarten wird. Wir müssen dagegen halten können und uns Aufmerksamkeit verschaffen. Dazu brauchen wir Ihre Hilfe. Kämpfen Sie mit uns für ein Ja am 5. Juni zu Schengen/Dublin und ein Ja am 25. September für die Bestätigung der bilateralen Verträge! ■

Wir brauchen Ihre Hilfe

Mit Ihrer Unterstützung können wir die Abstimmung vom 25. September über die Ausdehnung des Personenverkehrsabkommens gewinnen:

- Schreiben Sie Leserbriefe
- Überzeugen Sie Ihre Bekannten und Freunde
- Nehmen Sie an Standaktionen Ihrer Ortspartei teil
- Hängen Sie Plakate auf

Helfen Sie uns mit, unsere Kampagnenaktivitäten im Hinblick auf die wichtige Abstimmung vom 25. September zu verstärken. Herzlichen Dank für Ihren Unterstützungsbeitrag auf das Postkonto 30-5503-0 (Vermerk: Ja zum bilateralen Weg)!

JA

www.fdp.ch

FDPO
Freisinnig-Demokratische Partei

... zu mehr Sicherheit Der Sicherheitsvertrag Schengen/Dublin bringt, was die Schweiz braucht: Ärger für Kriminaltounsten bei der Einreise und mehr Sicherheit für uns. Mit einem Ja zu Schengen/Dublin erhält die Schweiz Zugriff auf die internationale Datenbank SIS mit über 11 Millionen Fahndungsdaten.

Darum JA zu Schengen/Dublin.

Termine

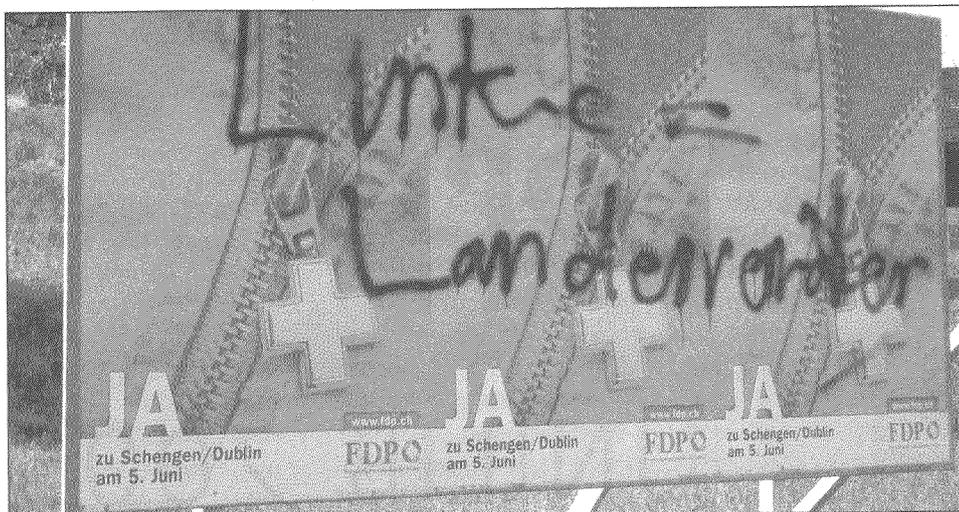
Delegiertenversammlung der FDP und der LPS in Neuenburg vom 25. Juni 2005

Programm

Aula des Jeunes-Rives
Espace Louis-Agassiz 1
2000 Neuchâtel

Samstag, 25. Juni 2005

- 10.00 Begrüssung durch Staatsrätin Sylvie Perrinjacquet, LPS/NE
- 10.05 Die Union FDP/LPS – Statuten
 - Ansprache Parteipräsident LPS, Claude Ruey, Nationalrat
 - Ansprache Parteipräsident FDP, Fulvio Pelli, Nationalrat
 - Diskussion
 - Genehmigung der Statuten
- 11.00 Sommeruniversität der FDP und LPS
Information durch Jean-Marc Narbel, OK-Präsident
- 11.10 Liberale Wirtschaftspolitik für eine prosperierende Schweiz
 - Einführungsreferat
 - Podiumsdiskussion
 - Verabschiedung Resolution FDP/LPS
- 12.45 Schluss der Delegiertenversammlung
Apéritif



Bemerkenswerter freisinniger Einsatz – und bedenkliches gegnerisches Niveau – im Luzernischen.

LIBERAL
Forum Schweiz / Jungliberale Schweiz

jungfreisinnige schweiz

1. Sommerkongress

Direkte Demokratie im 21. Jahrhundert

Falle oder Chance?

Beiträge von:

Pascal Couchepin
Bundesrat, Vorsteher
Eidg. Departement
des Innern

Martine Brunschwig Graf
Regierungspräsidentin
Kanton Genf
Nationalrätin

Andreas Gross
Nationalrat

Urs Paul Engeler
Redaktor Weltwoche

Prof. Dr. Georg Kohler
Professor für Politische
Philosophie Universität Zürich

Im Anschluss
öffentliche Podiumsdiskussion

18. Juni 2005
10 bis ca. 13 Uhr

Alte Kanzlei, Baselstrasse 43
Riehen BS

Unkostenbeitrag Fr. 20.–

Um einen reibungslosen Ablauf der Veranstaltung zu ermöglichen, ist eine Anmeldung unter jungliberale_schweiz@liberal.ch oder der Faxnummer 031 312 54 74 erwünscht.

Kontakt für mehr Informationen:
Pierre-Guillaume Kopp, Präsident Jungliberale Schweiz, 076 539 49 15

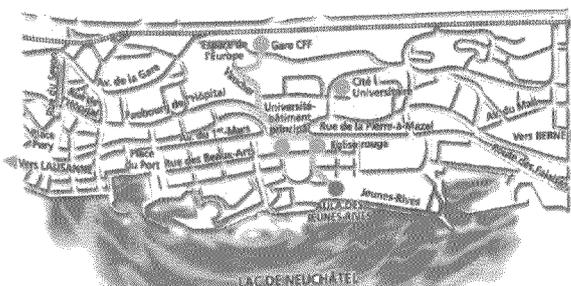
Antworttalon

Name _____

Vorname _____

E-Mail _____

Kanton _____



Termine



Freisinnig-Demokratische Partei



Parti libéral suisse / Liberale Partei der Schweiz

UNILIB 2005

Zurück an
die Spitze!

Sommeruniversität der LPS und FDP
Debatten, Workshops, Podiumsdiskussionen

2. und 3. September 2005, Hotel La Longeraie, Morges, VD

Mit unter anderem der Teilnahme von:

Bundesrat Pascal Couchepin, angefragt

Jean-Frédéric Jauslin

Direktor Bundesamt für Kultur

Claude Imbert

Gründer und Kolumnist Le Point

Daniel Borel

CEO Logitech

Claude Hauser

VR-Präsident Migros

Guido Westerwelle, angefragt

Präsident FDP Deutschland

Roger de Weck

Publizist

Xavier Comtesse

Dir. Stiftung Avenir Suisse

Freitag, 2. September 2005

09h30 Ankunft und Plenum
11h15 Workshops
12h45 Mittagessen
15h00 Workshops und Debatten
17h00 Plenum
18h30 Abendunterhaltung
(Abendessen, usw.)

Samstag, 3. September 2005

08h30 Frühstück
09h30 Workshops und Debatten
12h00 Plenum
13h00 Mittagessen – Buffet
15h00 Ende der Sommeruniversität

Anmeldung unter www.unilib.ch oder mittels beiliegendem Antworttalon an:
LPS, Spitalgasse 32, Postfach 7107, 3001 Bern oder per Fax an: 031 312 54 74

Sommeruniversität 2005 – Die Teilnahme lohnt sich!

Sehr geehrte Damen und Herren Liebe freisinnige und liberale Freunde

Mit welchen Herausforderungen sieht sich die Schweiz im Moment konfrontiert? Wie muss sich unser Land in dieser Zeit der Internationalisierung vieler Lebensbereiche, der politischen Polarisierung und der Schwächung der Konsensbereitschaft die Herausforderungen der Zukunft vorstellen? Wie kann die Schweiz weiterhin ihre Interessen verteidigen, Kreativität und Reformwillen fördern und Wirtschaft und Gesellschaft vorwärts bringen?

Wir laden Sie herzlich ein, diesen und weiteren Fragen in den verschiedenen Workshops und Diskussionen unserer Sommeruniversität auf den Grund zu gehen. Die Sommeruniversität ist eine gemeinsame Veranstaltung der FDP Schweiz und der Liberalen Partei der Schweiz. Sie findet am 2. und 3. September 2005 in Morges am Genfersee statt.

Was bedeutet die Sommeruniversität für die Zusammenarbeit zwischen FDP und LPS?

Unsere beiden Parteien haben vor einigen Monaten mit einer engeren Zusammenarbeit begonnen, um liberalen Ideen in der Schweiz wieder zu mehr Gewicht zu verhelfen. Im April haben dann die Delegiertenversammlungen der FDP Schweiz und der LPS der Bildung einer Union der Freisinnigen und Liberalen

(UFL) zugestimmt. Sie soll am 25. Juni in Neuenburg gegründet werden. Im Rahmen dieser Union möchten wir in Zukunft auch gemeinsame politische Veranstaltungen durchführen. Genau in diese Richtung geht nun die Sommeruniversität – sie ist der erste gemeinsam organisierte Anlass unter dem Dach der neuen Union.

Welche Ziele verfolgt die Sommeruniversität?

Mit der Sommeruniversität möchten wir auf mehrere Ziele hinarbeiten. In erster Linie geht es in diesen zwei Tagen darum, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den Workshops Ideen über die Herausfor-

derungen, welche auf die Schweiz zukommen werden, austauschen und sich zu dieser Frage eine Meinung bilden können. Die Sommeruniversität ist aber auch ein Anlass, an dem man in festlichem Rahmen und ungezwungener Atmosphäre verweilen, diskutieren und sich bestens unterhalten kann. Speziell möchten wir mit dem abwechslungsreichen Programm auch eine jüngere Generation ansprechen.

Wird bei dieser Veranstaltung nicht nur ein «innerer Zirkel» angesprochen?

Ganz im Gegenteil. Die Sommeruniversität steht allen Interessierten offen – einzige Voraussetzung ist

die Freude an der politischen Diskussion. Wie wir bereits gesagt haben, liegt uns die Teilnahme von jungen Leuten sehr am Herzen: Sie sind schliesslich die Zukunft unserer beiden Parteien. Deshalb können sie auch von einer attraktiven Tagungsgebühr profitieren.

Können Sie uns bereits einige Referenten nennen?

Wir haben viele prominente Referenten angefragt und bereits einige verbindliche Zusagen erhalten. Claude Hauser, Präsident der Migros-Verwaltung, wird in Morges sein, ebenso Jean-Frédéric Jauslin, Direktor des Bundesamtes für Kultur, Publizist Roger de Weck und Xavier Comtesse von Avenir Suisse.

Die letzte Sommeruniversität fand im September

2003 statt. War sie ein Erfolg?

Mit über 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war der Anlass vor zwei Jahren in jeder Hinsicht ein grosser Erfolg. Wir denken gerne an die Inputs von Rednern wie Denis Oswald, dem Organisator der Olympischen Spiele 2004 in Athen, oder an den Auftritt der Alinghi-Equipe zurück.

Wir freuen uns bereits jetzt, auch Sie am 2. und 3. September in Morges begrüßen zu dürfen!

Mit unseren besten Wünschen,

FDP Schweiz
Der Präsident:
Fulvio Pelli

Liberaler Partei der Schweiz
Der Präsident:
Claude Ruey

Anmeldung zur Sommeruniversität vom 2. und 3. September 2005

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____ Plz/Ort/Kanton: _____

Tel.: _____ Fax: _____

E-mail: _____ Partei: _____

Ich melde an: 1 Person _____ Personen

für Freitag, den 2. September 75.–

für das Abendessen vom Freitag, den 2. September 60.–

für Samstag, den 3. September 75.–

für beide Tage 180.– (Abendessen inbegriffen)

für Studenten und Lehrlinge für beide Tage 50.– (Abendessen inbegriffen)

Total _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Eine Rechnung und die Anmeldung zu den Workshops werden Ihnen demnächst zugesandt. Die eventuellen Hotelkosten gehen zu Lasten der Teilnehmer. Eine Liste der Hotels mit Spezialkonditionen für UNILIB finden Sie unter www.unilib.ch. Reservieren Sie bitte direkt beim Hotel La Longeraie (Tel. 021 804 64 00, hotel@alalongeraie.ch) oder bei einem Hotel Ihrer Wahl vor Ende Juli.

Letzter Effort für die Hanfinitiative

Unterstützen auch Sie eine liberale und moderate Lösung

Die Unterschriftensammlung für die Hanfinitiative, welche von den jungfreisinnigen schweiz offiziell unterstützt wird, steht kurz vor dem Abschluss. Ein letzter Effort ist nötig, damit mindestens 100 000 gültige Unterschriften eingereicht werden können. Helfen auch Sie, liebe «Freisinn»-Leserinnen und -Leser mit, damit die Schweiz eine liberale Drogenpolitik basierend auf Eigenverantwortung, Prävention und Jugendschutz weiterführen kann.



Christa Markwalder

Von Christa Markwalder,
Nationalrätin, Burgdorf
BE

Die eidgenössische Volksinitiative «Für eine vernünftige Hanfpolitik mit wirksamem Jugendschutz» wurde am 20. Juli 2004 als Reaktion auf das Nichteintreten des Nationalrats auf die Revision des Betäubungsmittelgesetzes (BetmG) lanciert. Das mittlerweile 30-jährige BetmG hätte dahingehend revidiert werden sollen, dass einerseits die bewährte Vier-Säulen-Politik gesetzlich verankert und andererseits der Cannabiskonsum entkriminalisiert worden wäre. Zudem hätte es einen effektiveren Jugendschutz ermöglichen sollen. Auf die mehrjährige konstruktive Diskussion folgte die Ernüchterung: Die grosse Kammer be-

schloss am 14. Juni 2004 zum zweiten Mal, nicht auf die Revision einzutreten, und versenkte damit die Vorlage definitiv.

Ziele der Initiative

In der Folge bildete sich ein überparteiliches Komitee «Pro Jugendschutz – gegen Drogenkriminalität», das einige Anliegen der BetmG-Revision in die Volksinitiative aufnahm: die Entkriminalisierung des Hanfkonzums, die Verbesserung des Jugendschutzes sowie die Regulierung von Anbau, Fabrikation und Handel von Hanf.

Viele erwachsene Schweizerinnen und Schweizer haben trotz Verbot den Konsum von Hanf als Genussmittel in ihr Leben integriert, wie dies andere – legal – auch mit Wein und Bier tun. Problematisch ist

der Hanfkonzum bei Jugendlichen, die oft gerade wegen der Prohibition die Grenzen suchen. Diesem altbekannten Phänomen wird die heutige Verbotspolitik eben gerade nicht gerecht, sondern spitzt die Lage viel eher zu. Wie sonst ist es zu erklären, dass im drogenpolitisch repressiven Frankreich mehr Jugendliche zum Joint greifen als in den vergleichsweise liberalen Niederlanden?

Kriminalisierung schadet

Durch die Kriminalisierung erwachsener und eigenverantwortlicher Bürgerinnen und Bürger, die Hanf konsumieren, verlieren wir dreifach:

1. Wir verfolgen strafrechtlich – real, aber vor allem virtuell – gegen 10% der

Schweizer Bevölkerung, die ansonsten unbescholten sind. Wir binden unnötig Mittel in Millionenhöhe bei der Polizei und unserer Justiz, die viel effektiver in den Jugendschutz und in die Prävention investiert werden könnten.

2. Der illegale Markt von Hanfprodukten hat in der Schweiz ein milliarden-schweres Potenzial. Durch den Schwarzmarkt entgehen dem Staat substanzielle Einnahmen, die heute in kriminelle Organisationen anstatt zum Fiskus fliessen.

3. Durch die Schliessung von Hanfbläden vermischen sich im kriminellen Umfeld die Märkte von weichen und harten Drogen. Die Schadensbegrenzung und die Reparation dieser Entwicklung wird unsere Gesellschaft ein Vielfaches einer liberalen, eigenverantwortlichen Hanfpolitik unter Wahrung des Jugendschutzes kosten.

Schliesslich wird Hanf nicht nur als Genussmittel, sondern auch für medizinische Zwecke eingesetzt. Alle Patientinnen und Patienten, die ihre Heilmittel in den letzten Jahren auf nahezu legalem Weg beschaffen konnten, werden durch die gescheiterte Betäubungsmittelgesetz-Revision bestraft und in den Schwarzmarkt getrieben. Offenbar sollen lieber synthetische Hanfsubstanzen für Heilmittel importiert werden, als dass innovativen Landwirten der Anbau von Hanf zu Heilmittelzwecken erlaubt wird.

Aus all diesen Gründen brauchen wir eine Kurskorrektur in der sich manifestierenden antiliberalen Drogenpolitik, die unserer Gesellschaft und unserem Staat nur schadet und den kriminellen Organisationen nützt. Wir wollen die Eigenverantwortung und den Jugendschutz stärken anstatt dem Schwarzmarkt in die Hände zu spielen.

Vernünftige und moderate Lösung

Die Volksinitiative ist moderat. Sie fordert die Straffreiheit für den Konsum, Besitz, Erwerb und Anbau von Hanfpflanzen für den Eigenbedarf. Gleichzeitig soll der Jugendschutz verbessert und der kommerzielle Anbau und Handel aus der Illegalität herausgeholt und in einen gesetzlichen Rahmen gestellt werden. Den extremen drogenpolitischen Forderungen wurden in den letzten Jahren zu Recht Abfuhr erteilt. Doch im Gegensatz zu den Volksinitiativen «Jugend ohne Drogen» und «Droleg» handelt es sich dieses Mal um eine pragmatische Initiative. Vertreterinnen und Vertreter aus allen politischen Parteien sitzen im Initiativkomitee, und die FDP ist mit Marianne Kleiner, Ruedi Noser, Daniel Helfenfinger und mir stark vertreten.

Deshalb: Unterschreiben auch Sie noch heute die Volksinitiative für eine vernünftige Hanfpolitik mit wirksamem Jugendschutz unter www.projugendschutz.ch ■

Termine

Europäische Frauen-Union (EFU) / Schweizer Sektion (SEFU)

Vor über 50 Jahren wurde die EFU in Den Haag gegründet: Frauen aus den Parteien der Mitte wollten nach dem Krieg die grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern. Heute umfasst die EFU rund 20 Länder. In 12 verschiedenen Kommissionen werden Sachfragen grenzüberschreitend diskutiert, in den einzelnen Ländern an die Parlamentarier weitergegeben, Eingaben an den Europarat und das Europäische Parlament gemacht. Jedes Mal lädt eine andere Landessektion zur Generalversammlung oder Ratssitzung ein.

1961 – etwas verspätet wegen fehlenden Frauenstimmrechts – wurde die Schweizerische Landessektion (SEFU) gegründet. Zu unseren Mitgliedern zählen z.B. Christine Egerszegi-Obrist, Marianne Kleiner-Schlöpfer, Doris Leuthard und andere prominente Politikerinnen. Nun ist dieses Jahr die Schweiz an der Reihe, die GV der EFU durchzuführen. Rund 120 Frauen aus ganz Europa werden erwartet. Es sollten daher auch eine Anzahl Schweizerinnen (auch Nicht-Mitglieder, die den Parteien der Mitte nahe stehen) in Bern dabei sein.

Vorläufiges Programm

Ratssitzung der europäischen Frauen-Union

17.–20. 8. 2005, Novotel, Guisanplatz, Bern

Mittwoch, 17. 8. 2005

Besichtigung des Bundeshauses mit FDP-Nationalrätin Christine Egerszegi-Obrist

anschliessend Stadtrundgang zu Fuss / optional Kommissionssitzungen

Donnerstag, 18. 8. 2005

ganzer Tag Workshops

- I. 10.00 Uhr **Menschenrechte**
Migration nach Europa, Häusliche Gewalt, Internationales Verbrechen, Sicherheit (Kommissionen: Kultur/Wissenschaft/Erziehung, Juridische, Internationale Politik)
- II. 13.15 Uhr **Globalisation**
Soziale Einrichtungen, Wirtschaft und Arbeit, Umwelteinflüsse (Kommissionen: Wirtschaft und Arbeitswelt, Ernährung/Landwirtschaft/Konsum, Umwelt/Raumordnung und Kommunalfragen)
- III. 15.30 Uhr **Soziale Herausforderungen des 21. Jahrhunderts**
Demographie, Austarierung Arbeit/Leben (Kommissionen: Familien- und Sozialfragen, Gesundheit, Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen, Information und Massenmedien)

19.00 Uhr **Ökumenischer Gottesdienst im Berner Münster**

Freitag, 19. 8. 2005

- 9.30– **Ratssitzung**
- 17.30 Uhr Einführungsreferat von FDP-Nationalrat Felix Gutzwiller: «Heroinassistierter Therapie-Teil einer modernen Drogenpolitik»
- 19.00 Uhr **Apéro**
- 20.00 Uhr **Festliches Abendessen**

Samstag, 20. 8. 2005

9.00– Ausflug in den Mystery-Park, Interlaken, und in das
20.00 Uhr Emmental (Nachtessen in Sumiswald)

Teilnahmegebühren:

Ganze Tagung Fr. 450.– + Ausflug am Samstag Fr. 100.–

Anmeldetalon

Anmeldung für die EFU-Ratssitzung sind umgehend erbeten an marianne.rauber@bluewin.ch:

Name, Vorname: _____

Adresse: _____

Tel./Fax: _____

E-Mail: _____

- Mittwoch
- Donnerstag:
 - Workshop I Workshop II Workshop III
- Freitag
Fr. 150.– (Generalversammlung inkl. Dolmetscherdienst D/F/E, 2 Kaffeepausen, Mittagessen, Abendessen)
- Samstag:
Fr. 100.– (Ausflug mit Eurocar zum Mystery-Park mit Nachtessen in Sumiswald)

Zimmerpreis pro Nacht für 1 oder 2 Personen (ohne Frühstück und Gästetaxe):

Novotel Fr. 150.–
ibis Fr. 109.–
Etap Fr. 79.–

Bitte reservieren Sie Ihr(e) Zimmer direkt beim Hotel und senden Sie uns eine Kopie.

Mehr Frauen in die Politik – Quoten ein Alibi?

Ein Rückblick auf die gemeinsame Veranstaltung der Parteifrauen

Die FDP-Frauen Schweiz haben es sich zum Ziel gesetzt, das Thema «Quoten» zu enttabuisieren. Eine überparteilich organisierte Informationsveranstaltung am 22. April in Bern stellte den Ausgangspunkt für eine vorurteilsfreie Auseinandersetzung dar. Weit über hundert Frauen unterschiedlicher politischer Gesinnung aus der ganzen Schweiz sind der Einladung der Parteifrauen gefolgt und liessen sich über die Chancen und Risiken von Quoten informieren.

Von Barbara Perriard,
Generalsekretärin FDP-
Frauen Schweiz, Köniz BE

Mehr Frauen in der Politik – dies ist die Hauptzielsetzung der Anfang 2004 initiierten Treffen der Frauengruppierungen. Um die bessere Vertretung von Frauen auf allen politischen Stufen zu erreichen,

gibt es verschiedene Mittel und Wege. Geschlechterquoten stellen eine Möglichkeit dar. Doch während ein – freiwilliger oder festgelegter – Proporz nach Kantonen, Landesteilen und Sprachen in der Schweiz völlig unbestritten ist und mittlerweile auch parteiinterne Zielvorgaben nach Alter und Geschlecht bei der Gestaltung von Wahllisten auf breite Akzeptanz stossen, stellt der Begriff «Quoten» ein Reizwort dar.

Karyatidenregel nach Wili

Das Lachen blieb so mancher ZuhörerIn bei den Ausführungen von Hans-Urs Wili, dem Leiter der Sektion Politische Rechte der Bundeskanzlei, im Hals stecken. Bei den letzten eidgenössischen Wahlen, so Wili, haben die Kandidatinnen in etlichen Kantonen mit ihren Stimmen primär ihre männlichen Mitbewerber «subventioniert». In der Schweiz sind Frauen «die Stützen der Gesellschaft», auch bei Nationalratswahlen. Als Karyatiden stabilisieren sie manchem Mann den wackligen Nationalratssitz. Der Weg zum Erfolg führt gemäss dem

ausgewiesenen Fachmann nur «über die Verweigerung dieses Rollenspiels».

Sanfte Politik statt Sänftenpolitik

Wili empfiehlt den Frauengruppierungen die kantonsweise präzise Analyse der bisherigen Wahlergebnisse und in der Folge ein genau angepasstes Einfordern, Durchsetzen und Kontrollieren fairer Listengestaltung. So ebnet Frau sich selbst den Weg «vom Misserfolg zum Miss-Erfolg».

Stagnierende Frauenvertretung

Die grosse Bandbreite der Meinungen, wie und auf welche Weise eine bessere Partizipation von Frauen erreicht werden sollte, trat im Rahmen des Podiumsgesprächs der Vertreterinnen von CVP, Liberalen, SP, Grünen, EVP und natürlich der FDP zu Tage.

Die Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz, Regierungsrätin Marianne Dürst, verwies darauf, dass die FDP seit Jahren sogenannte Chancenquoten kennt, d.h., die Partei gibt Empfehlungen zuhanden ihrer Kantonalparteien ab, mindestens 30 Prozent der Listenplätze mit Frauenkandidaturen zu besetzen. Bei den eidgenössischen Wahlen 2003 wurde die Zielvorgabe nicht nur erfüllt, sondern mit 35,2 Prozent noch übertroffen. Doch trotz erfreulichen Ergebnissen, wie etwa dem überdurchschnitt-



Bekannt aus «Funk und Fernsehen»: Ellinor von Kauffungen moderierte den Anlass in Bern (v. l. n. r.: Ellinor von Kauffungen mit Marianne Streiff, EVP; Ruth Genner, Grüne; Marianne Dürst, FDP-Frauen; Maria Roth-Bernasconi, SP-Frauen; Ida Glanzmann, CVP-Frauen; Christine Wirz-von Planta, Liberale).



Gut besucht: Weit über hundert Frauen (und einzelne Männer) wollten mehr über das kontroverse Thema «Quoten» wissen.

lich und seit Mitte der neunziger Jahre konstant hohen Frauenanteil bei der freisinnigen Ständeratsdeputation von 37,5 Prozent und dem bis Ende 2004 gehaltenen höchsten Frauenanteil bei den kantonalen Regierungen konstatierte Marianne Dürst, dass der Prozess der Frauenförderung seit Beginn des neuen Jahrtausends ins Stocken geraten ist.

Gleich lange Spiesse

Im Weiteren gab die Glarner Regierungsrätin zu bedenken, dass die FDP für Wettbewerb und Chancengleichheit steht. Doch der Wettbewerb der Geschlechter wird nicht mit gleich langen Spiesen ausgetragen. Gerade in bevölkerungsstarken Wahlkreisen sind heute unter anderem auch Faktoren entscheidend, bei denen

Impressum

Schweizer Freisinn

27. Jahrgang
Erscheint monatlich in einer beglaubigten Auflage von 71 160 Exemplaren.

Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Redaktion:
Nico Zila
Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail zila@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate

TrisCom-Media AG
Bündtenstrasse 10
4410 Liestal
Telefon 061 926 93 33
Fax 061 926 93 30
E-Mail
verkauf@trisc.com.ch
Internet www.trisc.com.ch

Layout/Druck

NZZ Print
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 01 258 15 07
Fax 01 258 18 99
ISDN 01 773 11 15
(alle Protokolle)
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

Wie weiter ?

Im Anschluss an und als Follow-up zur Veranstaltung soll und muss nun innerhalb der einzelnen Frauengruppierungen ein eigener Meinungsbildungsprozess stattfinden. Ihre Haltung, liebe «Freisinn»-Leserin, lieber «Freisinn»-Leser, zum Thema Quoten sowie Erfahrungen, Ideen und Vorschläge zur besseren Partizipation von Frauen, interessiert uns. Schreiben Sie uns:

FDP-Frauen Schweiz
Barbara Perriard,
Generalsekretärin
Postfach 6136
3001 Bern
info@fdp-frauen.ch

Frauenkandidaturen benachteiligt sind. Hier setzen die FDP-Frauen an und stellen die Frage, ob und welche Korrektive es im Hinblick auf eine geschlechtergerechte Vertretung allenfalls braucht.

Ultima ratio

Marianne Dürst will gesetzliche Regelungen für eine geschlechtergerechte Vertretung als «ultima ratio» nicht ausschliessen. Dies könnte allerdings nur unter der Voraussetzung geschehen, dass die Souveränität des Stimmvolkes nicht unnötig eingeschränkt wird und die Regelungen darauf ausgerichtet sind, die Frauenvertretung im ganzen politischen Spektrum auszubauen. Prüfwert wären aus ihrer Sicht Modelle, welche die Zulassung der Parteien zur Wahl davon abhängig machen, dass paritätische Listen präsentiert werden. Ein «Freikauf» durch die Parteien darf nicht möglich sein. Zu diskutieren wäre nach Ansicht von Dürst auch die Festlegung von verbindlichen Zielvorgaben. Das heisst, bis ins Jahr XY müsste auf eidgenössischer

Ebene ein gesetzlich festgelegter Frauenanteil erreicht sein. Wird die Zielvorgabe nicht erreicht, werden korrigierende Massnahmen eingeführt. In diesem Sinne würden die ungeliebten «Quoten» zu einem Damoklesschwert und stellen für die Parteien einen indirekten Anreiz dar, konkrete Frauenförderung zu betreiben. Wie sie dies tun, bleibt ihnen selbst überlassen. Schliesslich wäre gemäss der Frauen-Präsidentin auch die Einführung von befristeten Massnahmen denkbar, sozusagen mit dem Ziel, «Quoten in den Köpfen» zu etablieren. Gesetzliche Regelungen würden danach obsolet.

Hauptakteurinnen Parteien

Die Hauptverantwortung für eine bessere Vertretung der Frauen muss, so stellte Marianne Dürst unmissverständlich fest, im Sinne von Freiheit und Verantwortung bei den Parteien liegen. Sie haben es primär in der Hand, Frauen in die Politik zu bringen und auf dem Weg nach oben zu fördern.



Provokativ: Psychologin und Autorin Julia Onken machte klar, dass Frauenquoten nicht dazu da sind, der unbegabten Alibifrau mehr Chancen einzuräumen, sondern Frauen, die ohne Quote erfolgreich verhindert würden.

Sie glaubt, dass blosse Empfehlung zuhanden der Kantonalparteien für die Zukunft nicht mehr genügen. Die FDP-Frauen sollen deshalb einen konkreten Leitfaden zur Förderung von Frauenkandidaturen im Hinblick auf die Wahlen 2007 zuhanden der FDP Schweiz und der Kantonalparteien erarbeiten. Dazu gehört neben der Empfehlung eines konkreten Frauenanteils bei den Kandidierenden auch die Formulierung eines klaren Wahlzieles bezüglich der angestrebten Frauensitze (und nicht nur der Kandidaturen) auf Ebene FDP-Präsidium, die Einsetzung paritätischer Findungskommissionen sowie die Einführung eines Monitorings, welches die Einhaltung der Zielvorgaben laufend beurteilt.

Umdenken

Die Aufforderung an die Frauen zum Umdenken erging schliesslich in einem fulminanten und witzigen Schlussreferat von Julia Onken. Es habe sich, so die Bestsellerautorin, inzwischen längst herumgesprochen, dass Frauen in ihren Qualifikationen und

Fähigkeiten dem männlichen Potenzial in nichts nachstehen. Den meisten sei auch bereits klar geworden, dass mit der männlichen Vorherrschaft nicht weiter gewirtschaftet werden kann. Trotzdem sind Frauen in allen wichtigen politischen und wirtschaftlichen Positionen völlig untervertreten. Die Forderung nach geschlechtergerechter Vertretung sei weit mehr, als der weibliche Wunsch nach einer «netten Selbstverwirklichung», konstatiert die Psychologin und Autorin. Die Antwort auf die Frage, warum die Quote nicht längst zur selbstverständlichen Massnahme gegen den Missstand geworden sei, findet Julia Onken unter anderem beim Politiker Porcius Cato (243 v. Chr.). Dieser richtete einst den warnenden Appell an seine

Geschlechtsgenossen: Sobald uns die Frauen gleichgestellt sind, sind sie uns überlegen.»

Julia Onken plädiert dafür, den Begriff Frauenquote künftig als demokratisches Instrument zu verstehen, als Mittel, um die Realität von Männern und Frauen zum Ausdruck zu bringen. «Um diesem Unsinn, was über Frauen verbreitet wurde und sich leider in vielen weiblichen und männlichen Köpfen eingenistet hat ein Ende zu bereiten, macht die Frauenquote Sinn», so Onken. «Frauenquote muss vom negativen Beigeschmack gesäubert und enttabuisiert werden: Sie ist nicht dafür da, um der unbegabten Alibifrau mehr Chancen einzuräumen, sondern für Frauen, die ohne Quote erfolgreich verhindert würden.»

zum Partnerschaftsgesetz
am 5. Juni

FDP
Freisinnig-Demokratische Partei

Uri – die Versuchung seit 1291

Rückblick auf den Kongress der jfs im Kanton Uri

Vom 22. bis 24. April luden die jungfreisinnigen kanton uri die Mitglieder der jfs an den Kongress in die Wiege der Schweiz. Neben vielen Jungfreisinnigen waren auch Bergbauern, Regierungsräte und Diplomaten mit von der Partie.

Von Sandra Kümin,
alt Präsidentin der jfur,
Schattdorf UR

«Ds negscht Mal bi üüch», war einer der letzten Sätze, die ich am Kongress 2004 in Solothurn mit auf den Heimweg bekam. «Klar», war meine nicht ernst gemeinte, mit breitem Lachen untermauerte Antwort. Noch ahnte ich nicht, dass bald ein paar mutige Parteikollegen mich zur ernsthaften Prüfung dieser Idee aufmuntern würden. Verfügt der Kanton Uri über genügend jungfreisinnigen-Budget-verträgliche Hotelzimmer? Sind die jungfreisinnigen uri mitgliedermässig stark genug für ein solches Unterfangen? Fragen über Fragen, die sich bald



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer geben sich ein Stelldichein vor dem Telldenkmal in Altdorf.

beantworten liessen – dank grossem Entgegenkommen seitens Hoteliers, Mutterpartei und anderer Wohlgesinnter. Am Delegiertenrat im August 2004

war es denn auch geradezu ein Leichtes, mit ein paar bestechenden «Uristierli» (Anisgebäck) und leuchtendgelben Uri-T-Shirts die Delegierten vom Kongress-Standort Uri zu überzeugen und davon, dass der ernerischen «Versuchung seit 1291» zu widerstehen sich nicht lohnt.

Auftakt am Freitag

Im Rahmen eines von der Arbeitsgruppe Internationales der jfs organisierten Austausches mit den estnischen Jungliberalen besuchte eine vierköpfige Delegation aus Estland die Schweiz. Den Auftakt zu

unserem Kongress bildete am Freitag, 22. April 2005, ein Seminar, zu welchem wir Ehrengast Hans Graf, Honorarkonsul der Republik Estland, begrüßen durften. Während rund drei Stunden tauschten Esten und jungfreisinnige Informationen und Erfahrungen aus. Unterdessen trafen mehr und mehr jungfreisinnige in Tells Heimat ein, wo sie gegen 20 Uhr bei einem Apéro im Historischen Museum vom freisinnigen Regierungsrat Stefan Fryberg begrüsst und anschliessend ins Altdorfer Nachtleben entlassen wurden.

Brunch

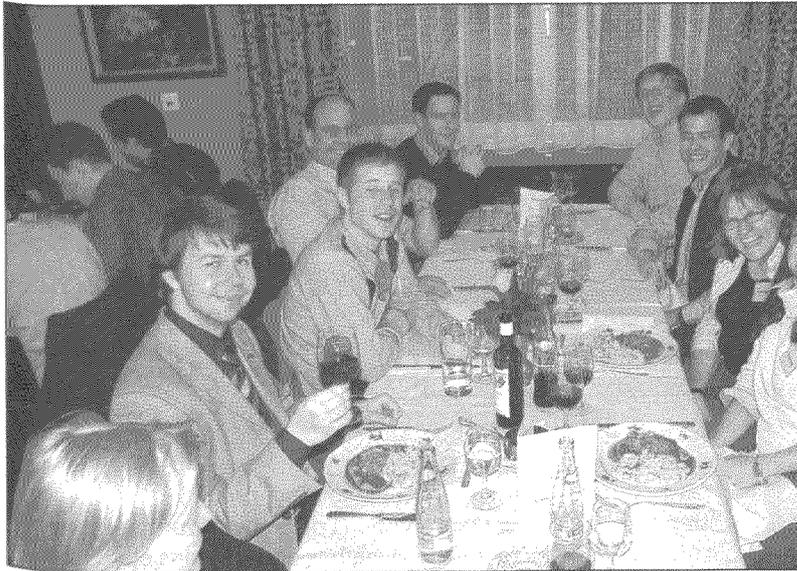
in einzigartiger Kulisse

Am Samstag ging's früh und kurvenreich los und in die Höhe. Vom Isenthal gondelten die jungfreisinnigen in Achtergrüppchen mit der kleinen Seilbahn ihrem wohlverdienten, vom Betruf begleiteten Parorama-Brunch auf dem Berg entgegen, während die Wartenden von einem Isenthaler Bergbauern wahlweise mit Urner Kaffee oder Ausführungen zu möglichen Konsequenzen der Umsetzung unseres Positionspapiers «Landwirtschaft» unterhalten wurden. Welche der beiden

Herzlichen Dank!

Der Vorstand der jungfreisinnigen schweiz (jfs) bedankt sich bei den jungfreisinnigen kanton uri (jfur) nochmals herzlich für die Durchführung dieses Jahreskongresses:

Ivo Baldini, OK-Chef; Adrian Brunner, Helfer; Armin Camenzind, Kontaktperson jfs; Nicole Cathry, Finanzchefin; Stefan Hildenbrand, Helfer; Sämi Imholz, Grafiker; Jürg Janett, Helfer; Urs Janett, Helfer; Sandra Kümin, Präsidentin/PR-Chefin; Bea Kolvodouris, Helferin; Fabian Lombris, Hotelier; Christian Naef, Transportchef; Jennifer Suter, Helferin; Petra Walker, Chefin Rahmenprogramm; Stefan Wullschleger, Helfer.



«E Guete» hiess es am Solothurner Tisch.



Blick in den gut gefüllten Kongresssaal.



Das Urner Empfangskomitee mit (v. l. n. r.) Ivana Kempf, Jennifer Suter und Nicole Cathry.



Ein Teil des Organisationskomitees auf Gitschenen (v. l. n. r.: Armin Camenzind, Stefan Wullschleger, Urs Janett, Jürg Janett, Sandra Kümin, Bea Kolvodouris, Ivo Baldini und Jennifer Suter).

Varianten der Gemütlichkeit halber ausgiebig und welche kaum genutzt wurde, sei an dieser Stelle offen gelassen.

Trotz der Warnung vor nassen und schmutzigen Wegpassagen zogen zahlreiche Kongressgäste, zum Erstaunen der Organisatoren und entgegen dem «Städter»-Klischee, den Weg talwärts zu Fuss der Gondelfahrt vor.

In Altdorf, wo inzwischen weitere Kongressteilnehmende eingetroffen waren, startete um 15 Uhr der zweite Programmpunkt des Tages. In einem vom gebürtigen Urner

und DRS-3-Moderator Michael Zezzi geleiteten Podium diskutierten CVP-Regierungsrätin Heidi Z'graggen, FDP-Regierungsrat Josef Dittli, Bernhard Ruetz, Leiter Strategie und Planung des Liberalen Instituts, und Vital Zehnder, Sekretär der Zentralschweizer Regierungskonferenz, zum Thema «Grosskanton Zentralschweiz – Chance für Randregionen». Im Anschluss daran fand ein kurzes Hearing mit den neuen Kandidaten für den Vorstand der jfs statt. Danach bot sich die Gelegenheit, an einem geführten Rundgang durch

Altdorf teilzunehmen, der in den Altdorfer Rebbergen bei einem Gläschen heimischen Weines seinen Abschluss fand. Ein Nachtesen mit Zwischeneinlagen der beiden Urner Komik-Originale Bärty und Bärty, das sogenannte Theaterfest und Urner Nightlife rundeten den zweiten Kongresstag ab.

Statutarischer Teil bildete den Abschluss

Am Sonntagmorgen traf man sich traditionsgemäss zum statutarischen Teil des Kongresses, der dieses Jahr etwas turbulent verlief

und gegen 18 Uhr zu Ende ging. Zugegeben, neben den Kongressvorbereitungen blieb uns Urnern kaum Zeit für den politischen Parteiltag. Doch die vielen positiven Rückmeldungen, Dankes-Nusstorten (merci, liebe Bündner!) und Lobes-Basler-Läckerli (danke, liebe Basler!) bestätigen unsere «Bilanz»: Kleinstpartei hin oder her – wir würden es sofort wieder machen! ■

Jungfreisinnige fordern Neuorientierung in der Schweizer Landwirtschaft

Kongress verabschiedet in Altdorf ein neues Positionspapier

Am diesjährigen Kongress vom 22. bis 24. April in Altdorf haben die jungfreisinnigen schweiz (jfs) ein neues Positionspapier zur Landwirtschaftspolitik verabschiedet. Darin fordern sie die Durchsetzung liberaler Grundsätze in der Landwirtschaft: einen massiven Abbau der staatlichen Regulierungsdichte und einen damit einhergehenden Abbau der Subventionen. Sie haben weiter eine Resolution gutgeheissen, welche auf eine vertiefte Zusammenarbeit mit den Jungen Liberalen Schweiz abzielt. jfs-Präsident Daniel Helfenfinger trat nach dreieinhalb verdienstvollen Präsidentschaftsjahren von seinem Amt zurück.

Anlässlich des jfs-Kongresses, an welchem sich wiederum über 100 jungfreisinnige beteiligten, wurde das neue Positionspapier zur Landwirtschaftspolitik verabschiedet. Darin fordern die jfs einerseits einen weitgehenden Rückzug des Staates aus der landwirtschaftlichen Marktsteuerung und andererseits einen umfassenden Abbau des historisch gewachsenen Leistungsauftrages an die Landwirtschaft und somit einen Abbau der Subventionen.

Staatlicher Schutz nicht zeitgemäss

Für die jfs ist der hohe staatliche Schutz der schweizerischen Landwirtschaft in den globalisierten Märkten nicht mehr verantwortbar, und sie halten die Vorstellung der «Erbringung gemeinwirtschaftlicher Leistungen» durch die Landwirtschaft, insbesondere die dezentrale Besiedlung und die Versorgungssicherheit, für völlig überholt. Den

Konsumentinnen und Konsumenten wird dadurch ihre Mündigkeit abgesprochen.

Resolutionen verabschiedet

Weiter haben sich die jungfreisinnigen einstimmig für eine Resolution ausgesprochen, welche eine vertiefte Zusammenarbeit mit den Jungen Liberalen Schweiz initiiert und auf einen langfristigen Zusammenschluss der beiden Jungparteien abzielt.

Mit grossem Mehr wurde eine Resolution mit dem Titel «Meinungsverbote sind kontraproduktiv» verabschiedet. Sie bezieht sich auf die im Nationalrat überwiesene Motion gegen extremistische Symbole. Die jfs betonen, dass sie extremistisches Verhalten weder gutheissen noch akzeptieren können, jedoch halten sie Verbote für den falschen Weg, um Extremismus zu bekämpfen. Aufklärung und laufende Auseinandersetzung mit den Themen erachten sie

als das einzig wirkungsvolle Mittel gegen Extremismus.

Zudem wurde eine Statutenänderung verabschiedet, die es den jungfreisinnigen Sektionen an den verschiedenen Schweizer Universitäten ermöglicht, neben den Kantonalparteien direkte Mitglieder der jfs zu sein. Es soll damit nicht nur der Mobilität unter den Studierenden Rechnung getragen werden, sondern es ist auch ein Zeichen dafür, wie wichtig der Partei die Bildungspolitik ist. Die jfs sehen die Bildungs- und Forschungspolitik als einen entscheidenden Erfolgsfaktor für die Zukunft der jungen Generation.

Der Präsident der jfs, Daniel Helfenfinger, ist nach dreieinhalb Jahren im Amt zurückgetreten. Ihm ist zu verdanken, dass die jfs in den letzten Jahren zu einer starken liberalen Kraft im parteipolitischen Spektrum gewachsen sind. Seine Nachfolge wird in den nächsten Monaten bestimmt werden. Vizepräsidentin Véronique Monney wird die Partei interimistisch führen. ■

Kurz und bündig jungfreisinnige kriens wieder gegründet

Am 31. März fand in Kriens die erste Sitzung der wieder ins Leben gerufenen jungfreisinnigen kriens statt. Nachdem die jungfreisinnigen kriens während einigen Jahren ihre politischen Aktivitäten eingestellt hatten, konnten nun neue Kräfte gefunden werden, um die Ortssektion der 25 000 Einwohner zählenden Gemeinde wieder aus der Taufe zu heben. Als Präsident wurde Samuel Löttscher gewählt, Fabian Haindl wird ihm als Vizepräsident zur Seite stehen.

Der «Schweizer Jungfreisinn» wünscht dem neuen Team einen erfolgreichen Start!

Kontakt für interessierte Krienserinnen und Krienser: samuel.loetscher@jungfreisinnige.ch

“Oute
Dich als
JA-Sager!”

JA zum
Partnerschaftsgesetz!

 jungfreisinnige.ch

Kopieren erlaubt

Zahlreiche Kreispräsidenten würden sich vor Freude fast überstürzen, könnten sie an ihren Anlässen 300 Personen begrüßen. Nicht so die Organisatoren des kürzlich durchgeführten Amtsfestes der FDP Willisau. Es war keine Veranstaltung mit politischem Inhalt, sondern «nur» ein Amtsfest, das Freude bereiten und auch Gelegenheit zu Gesprächen und Diskussionen bieten sollte. Der Anlass war in jeder Beziehung gelungen, und die 300 Besucherinnen und Besucher in der Mehrzweckhalle Nebikon erlebten einen genussvollen Abend. Und trotzdem zeigte sich bei den Organisatoren Ent-

täuschung; entsprechend äusserten sie sich jedenfalls gegenüber der Lokalpresse. «Gerüstet gewesen waren wir für 450 Gäste», wurde Amtsparteipräsident Philippe Achermann zitiert, und auch OK-Präsident Erich Leuenberger hatte mehr Leute erwartet und bezeichnete die fehlende Medienwerbung als Grund. Den Mut nicht verlieren und nach anderen Parteienläsen über die Amts- und Kantonsgrenzen hinaus Ausschau halten, liebe Organisatoren aus Willisau! Dann nämlich kommt bestimmt Freude auf. Welche Kreis- oder Amtspartei in der Schweiz kann schon eine Dreihundertschaft mobilisieren, wenn keine brillanten politischen Themen oder wortgewaltigen Referenten angesagt sind? ■



Der Willisauer Amtsparteipräsident Philippe Achermann im angeregten Gespräch mit Nationalrat Otto Ineichen.

Leserbrief

Die «Fasel-Mentalität»

Ein altes Sprichwort besagt: «Wer den Rappen nicht ehrt, ist des Franks nicht wert.» Ich nehme damit den Unmut vieler kleiner Leute über die Abschaffung des Fünfräpplers auf, welche in «Bern» keine Stimme haben. Regelmässig zahle ich beim Einkaufen mit Fünfräpplern, auch an der Tankstelle und anderswo. Die Bundesverwaltung hätte gescheiterte Sparmöglichkeiten als den einen Rappen pro Prägung eines Fünfers: Regieren statt vernehmlassen, Einsparen unnötiger Expertenberichte, Reduktion der Pressekonferenzen mit Beschränkung auf wirklich wichtige Themen. Häufigkeit allein steigert die Popularität nicht!

Die Abschaffung des Fünfräpplers ist ein falsches Zeichen und passt nahtlos zur Abzockermentalität, auch Linker. **Der christlichsoziale Nationalrat Hugo Fasel «faselte» im Bieler Tagblatt vom 6. Dezember 2004: «Sparen ist heute nur noch bei einem Jahreseinkommen von mehr als 150 000 Franken möglich. Bei einem tieferen Lohn bleibt am Ende des Monats kein Geld mehr übrig, welches man auf die Bank bringen könnte.»** Als kleiner Handwerker und Alleinverdiener mit sieben Kindern habe ich nie 100 000 Franken pro Jahr verdient. Ich bin sparsam bemüht, im Alter nicht dem Staat zur Last zu fallen. Die Abschaffung des Fünfräpplers steht aber im Einklang mit der «Fasel-Mentalität». Sie entspricht einer Geringschätzung des Kleinen und einer um so grösseren Anspruchsmentalität gegenüber dem Staat.

Franz Achermann, 2564 Bellmund BE

Pisa-Studie ohne Bündner Schülerschaft



Kürzlich wurde der zweite Schweizer Bericht zur Pisa-Studie anlässlich einer nationalen Medienkonferenz vorgestellt. Der Bericht liefert unter anderem detaillierte Angaben zu den kantonalen Unterschieden. Freiburg an der Spitze, Tessin und Genf am Schluss: So lauteten die Schlagzeilen in den Medien. Wer aber die Resultate des Kantons Graubünden vergleichen wollte, suchte vergebens, denn der Kanton Graubünden hat an dieser Studie bedauerlicherweise nicht teilgenommen. Abklärungen haben ergeben, dass seitens des Bundesamtes für Statistik das Angebot für eine Teilnahme wohl gemacht worden war, die Bündner Regierung aber offenbar aus Kostengründen eine Teilnahme ablehnte – Kosten, die durchaus zu verantworten gewesen wären. Gerade in der Sprachenfrage wären für die künftige Entwicklung vergleichende Aussagen äusserst wichtig. Die FDP Graubünden bedauert ausserordentlich, dass das zuständige Departement den Vergleich mit der übrigen Schweiz scheut. Die FDP verlangt mit Nachdruck, dass bei einer nächsten Aktualisierung der Pisa-Studie die Bündner Schüler miteinbezogen werden. ■

Statistik und Filmförderung

Am 26. Oktober 2004 wurden die Bilateralen Abkommen II mit der EU in Luxemburg unterzeichnet. Sie wurden in der vergangenen Wintersession vom Parlament genehmigt. In einer Serie stellt der

«Freisinn» die neun Abkommen vor. In dieser Ausgabe finden Sie Erläuterungen zu den Dossiers «Statistik» und «Filmförderung (MEDIA-Programme)».

Statistik

Die Neuerungen in Kürze

- Das statistische Amt der EU (Eurostat) veröffentlicht eurokompatible Daten der Statistik der Schweiz.
- Die schweizerische Statistik wird schrittweise mit dem EU-System harmonisiert.
- Der Bund beteiligt sich in angemessener Weise finanziell am europäischen Statistikprogramm und an der Veröffentlichung von dessen Daten. Das Abkommen hat allerdings keine finanziellen Auswirkungen auf Kantone und Gemeinden.
- Folgende Bereiche sind eingeschlossen: Unternehmensstatistiken, Aussenhandelsstatistiken, Preisstatistiken, Landwirtschaftsstatistiken, Verkehrsstatistiken, Tourismusstatistiken, Sozioökonomische Statistiken und die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.

Zusammenfassung:

Angesichts der zunehmenden Globalisierung und der Internationalisierung der Finanzmärkte sind Politik und Wirtschaft in der Schweiz auf statistische Daten angewiesen, die auf internationaler Ebene vergleichbar sind. Heute weist die schweizerische Wirtschaftsstatistik einige Lücken auf, welche die Vergleichbarkeit mit den Angaben der EU, der Organization for Economic Co-Operation and Development (OECD) oder des Internationalen Währungsfonds (IWF) einschränken. Ein Abkommen mit der EU zur Zusammenarbeit im Statistikbereich wird die Produktion harmonisierter Daten sicherstellen und dem Ziel, den Entscheidungsträgern wie auch der Bevölkerung bessere Informationen zur Verfügung stellen zu können, gerecht werden.

Quelle: economiesuisse: Dossierpolitik, 8.11.2004

Filmförderung (MEDIA-Programme)

Die wichtigen Neuerungen in Kürze

- Die Schweiz beteiligt sich bis Ende 2006 an den seit 2001 laufenden EU-Filmförderungsprogrammen «MEDIA plus» und «MEDIA Fortbildung». Die MEDIA-Programme fördern das Schreiben von Drehbüchern, die Geschäftskompetenz von Filmproduzenten und den Vertrieb von Filmen mit finanziellen Beiträgen und Weiterbildungsangeboten.
- Mit dem Beitritt zu MEDIA kann die Wettbewerbsfähigkeit schweizerischer Unternehmen im audiovisuellen Bereich verbessert werden, da in der Schweiz koproduzierte Filme neu auch in den Genuss von Fördergeldern kommen können.
- Das schweizerische Rundfunkrecht muss Anforderungen betreffend Ausstrahlungsquoten an europäischen Produktionen erfüllen.
- Die Schweiz trägt jährlich 4,2 Mio. Euro an die MEDIA-Programme bei.

Zusammenfassung:

Nachdem die Schweiz bis zur EWR-Abstimmung 1992 bereits einmal Vollmitglied von MEDIA gewesen war, strebte sie im Rahmen der Bilateralen II nach einer über zehnjährigen Pause wieder eine Teilnahme an der europäischen Filmförderung an. Mit dem vorliegenden Abkommen steigt die Schweiz in ein seit 2001 laufendes Mehrjahresprogramm der EU ein. Da dieses nur bis Ende 2006 dauern wird, stehen sofortige neue Verhandlungen für den Einstieg in MEDIA 2007 bereits auf der Traktandenliste.

Ob diese geplante Teilnahme wünschenswert ist, ist zumindest aus wirtschaftlicher Sicht umstritten. Einerseits erhält die schweizerische Filmindustrie verbesserte Zugangsbedingungen zum ungleich grösseren EU-Markt, andererseits entsprechen die Teilnahmekosten am Programm einer klaren Subvention einer spezifischen wirtschaftlichen Tätigkeit. Für Liebhaber des europäischen Filmschaffens dürfte dieser Umstand allerdings nur als kleiner Schönheitsfehler gelten.

Quelle: economiesuisse: Dossierpolitik, 29.11.2004

Sie bleibt, auch wenn im Juni Abkommen auf sie zukommen

wo sich einst Länder trafen	Polizei-gesetz sie u.er. neu auch er u.er	kürzeste General-versamm-lung	Schenge-ner Vertrag Schlaumeierei	fällt doch noch an mancher Grenze	Gustav, der Komponist span. Da-mennamen	guter Kumpel, auch ohne Gesetz	Buchstaben mit Punkt und Strich übermitteln
Winkel in Dreiecks-ecken	wird künftig am Zoll weniger kontrolliert	4 Waadt-länder Haupt-stadt für Fulvio Pelli		1		wird in Dub-lin oft über den Durst getrunken	
		macht Bé-bés munter Couchep-ins Seele			also biba-mus wie es der Latei-ner sagt		
Ibsens Dame mit dem Puppenheim	2		sie fliesst auch in Zürich		starrköpfig bis bock-beinig	3	
abge-schlossen Schritt im Kerbholz		B.Rats-Da-menopfer rast im Eiskanal			nord. Män-nemame ganz runde Sache		
			grosse Flutwelle bei See-beben	Charles Ohr für Camilla	5	franz.Män-nemame wie nach-stehend	
wo die Les-ben eigent-lich her-kommen	Europas Fingerab-druck-Da-tenbank	im Basler Kuchen Chiracs NATO		sind weiter zu verzollen Feind der Franzosen		6	
			wenn der Tag sich langsam neiget			ist man lie-ber als out	das Dublin-abkommen setzt ihnen Grenzen
		deckt Ara-berhäu-pter flog einst f. die Schweiz			Dei gratia, von Gottes Gnaden	Jesus für Moslems Europ. Ato-mic Society	7
auch polit. Kühnheit Tessiner Zolstation	ihr Finanz-geheimnis soll gewahrt bleiben		9			die Postboten der hohen Diplomatie	
			Ende des Alphabets als Schweizer Uhr		8	Kantons-hauptstadt	
		amerikani-scher Ruf-name für Mami		so tönts, wenns weh tut	König i. al-ten Israel Tierkreis-muni		
Blaublütige wo zwar nie solches Blut floss	12 Heizkraft-werk für Thermo-strom	kleiner Katzen-jammer	Gen-Tech Körner Italiens Vor-eurogeld			Papagei u. Abwasser-reinigungs-anlage	
			brüllt auf TG-Fahnen Partner v. Montz		ital. Olym-piastadt weder kalt noch warm	11	
Männer-name im grossen Kanton	wird dank Schengen besser be-kämpft		10				14
		ganz poe-tischer Luftkönig		 Einsteins Jubiläums-initialien		uralte (un-politische) Rind-viecher	
produziert Atomstrom	in diesem Ländchen liegt das berühmte Abkommenweindorf			13		der junge Inn vor der CH-Grenze	

Ergänzen Sie Ihre Sommergarderobe mit einigen stilvollen Artikeln aus unserem FDP-Shop!

1. bis 3. Preis

Je nach Gewinnerin oder Gewinner: ein FDP-Foulard oder eine FDP-Krawatte.

So machen Sie mit: Schreiben Sie bis Montag, 13. Juni 2005 (A-Post-Stempel), eine Postkarte oder eine E-Mail mit dem Lösungswort und Ihrem Namen und Adresse an:

Generalsekretariat FDP Schweiz
 Freisinn-Rätsel
 z. Hd. Nico Zila
 Postfach 6136
 3001 Bern
 raetsel@fdp.ch

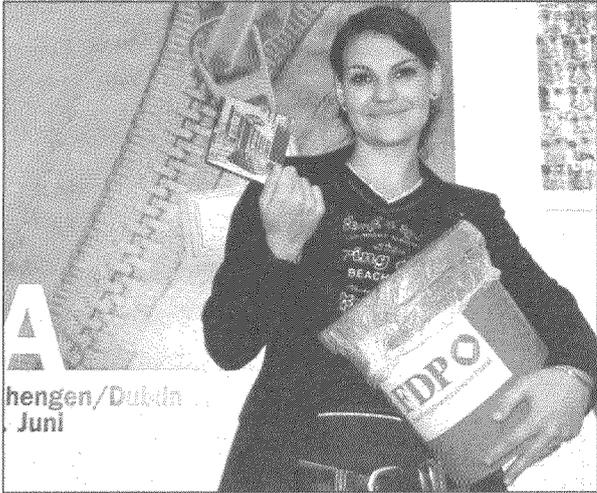
Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Auflösung des Rätsels aus der letzten «Freisinn»-Ausgabe finden Sie auf der folgenden Seite.

Lösungswort

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----

Preisrätsel weiterhin sehr beliebt



FLUGLAERMSTREIT lautete das Lösungswort des Preisrätsels im «Freisinn» vom 27. April. 185 Leserinnen und Leser liessen uns die richtige Lösung zukommen. Herzlichen Dank allen Teilnehmern!

Aus den Einsendungen zog Christina Grunder, Sekretärin der FDP Schweiz International, die glücklichen Gewinner:

- 1. Preis**
ein FDP-Foulard
Frau Rosmarie Rüegg-Marti, 9303 Wittenbach SG
- 2. Preis**
eine FDP-Krawatte
Herr Jürg Trick, 3006 Bern
- 3. Preis**
ein FDP-Foulard
Frau Margrit Kalt-Arnet, 6314 Unterägeri ZG

M	B	P	C	T	N	S							
I	A	T	A	O	A	I	R	B	U	S			
P	T	T	S	M	A	R	A	G	D	B	O	W	
T	K	U	R	I	E	A	P	S	I				
Z	E	P	P	E	L	I	N	G	U	R	T	S	
L	U	F	T	H	A	N	S	A	O	R	A	S	
E	H	R	E	O	N	E	A	L	P	A	K	A	
O	R	E	U	E	G	R	E	E	N	I			
G	L	A	D	S	M	O	D	U	L	B	R		
Z	B	L	E	M	A	N	E	L	S	A			
H	E	A	I	E	R	O	N	E	I	L	L		
G	R	O	U	N	D	I	N	G	B	R	L		
M	A	D	E	L	E	I	N	E	R	O	H		
C	A	B	E	N	I	R	W	A	N	A			
C	H	O	E	D	S	E	G	E	R	N			
A	S	T	R	O	N	A	U	T	E	N	B	G	
M	O	N	T	G	O	L	F	I	E	R	B	O	A
S	O	H	R	T	O	N	M	E	E	R			

FLUGLAERMSTREIT

Leserbrief

Komplementärmedizin

Die Statistiken sprechen eine klare Sprache: Die niedrigsten Gesundheitskosten entstehen im Kanton Appenzell, weil die Leute dort zuerst einen Naturarzt oder -heiler aufsuchen, bevor sie die teurere Schulmedizin in Anspruch nehmen. Klienten, die Alternativmedizin wünschen, tun dies meistens in Bereichen, wo die Schulmedizin keine Antwort mehr hat oder nur eine sehr unbefriedigende und teure Symptombekämpfung, wie z. B. bei Allergien, Hautausschlägen, Schlafstörungen, Konzentrations- und Koordinationsstörungen,

Störungen der Verdauung usw. Diese Klienten konsultieren alternative Medizin oder Therapien, bevor sich diese Störungen zu ausgewachsenen chronischen Krankheiten entwickelt haben. Häufig gelingt es innert kürzester Zeit, diese Störungen zu beheben. Die Alternativmedizin leistet deshalb einen wichtigen Beitrag zur Kostensenkung im Gesundheitswesen und betont auch – frei nach «mehr Wahlfreiheit, weniger Staat» – die Eigenverantwortung.

Katharina Gattiker, 8702 Zollikon ZH

Gewerkschaftsbund verliert sozialpolitisches Augenmass

FDP. Mit der Lancierung seiner AHV-Aushöhlungs-Initiative verabschiedet sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) schon vor Anlaufen der nächsten AHV-Revision aus der parlamentarischen Diskussion. Anstatt ernsthaft Lösungen zur Anpassung der heutigen AHV-Leistungen an die gesellschaftliche Realität zu diskutieren, werden neue und unbezahlbare Forderungen aufgetürmt. Die Geprellten die-

ser finanziellen Aushöhlung der AHV werden sowohl die Rentnerinnen und Rentner als auch die Arbeitnehmenden sein. Die FDP kämpft für eine AHV, die zu mehr Generationengerechtigkeit führt und keinen neuen Schuldenberg anhäuft. Mit seiner Forderung nach der Einführung eines generellen Arbeitsverbots ab 62/65 hat der SGB jedes sozialpolitische Augenmass verloren.

Veranstaltungen

Termine

5. Juni

Eidgenössische Abstimmung

- Schengen/Dublin
- Partnerschaftsgesetz

25. Juni

Delegiertenversammlung der FDP Schweiz und LPS in Neuenburg

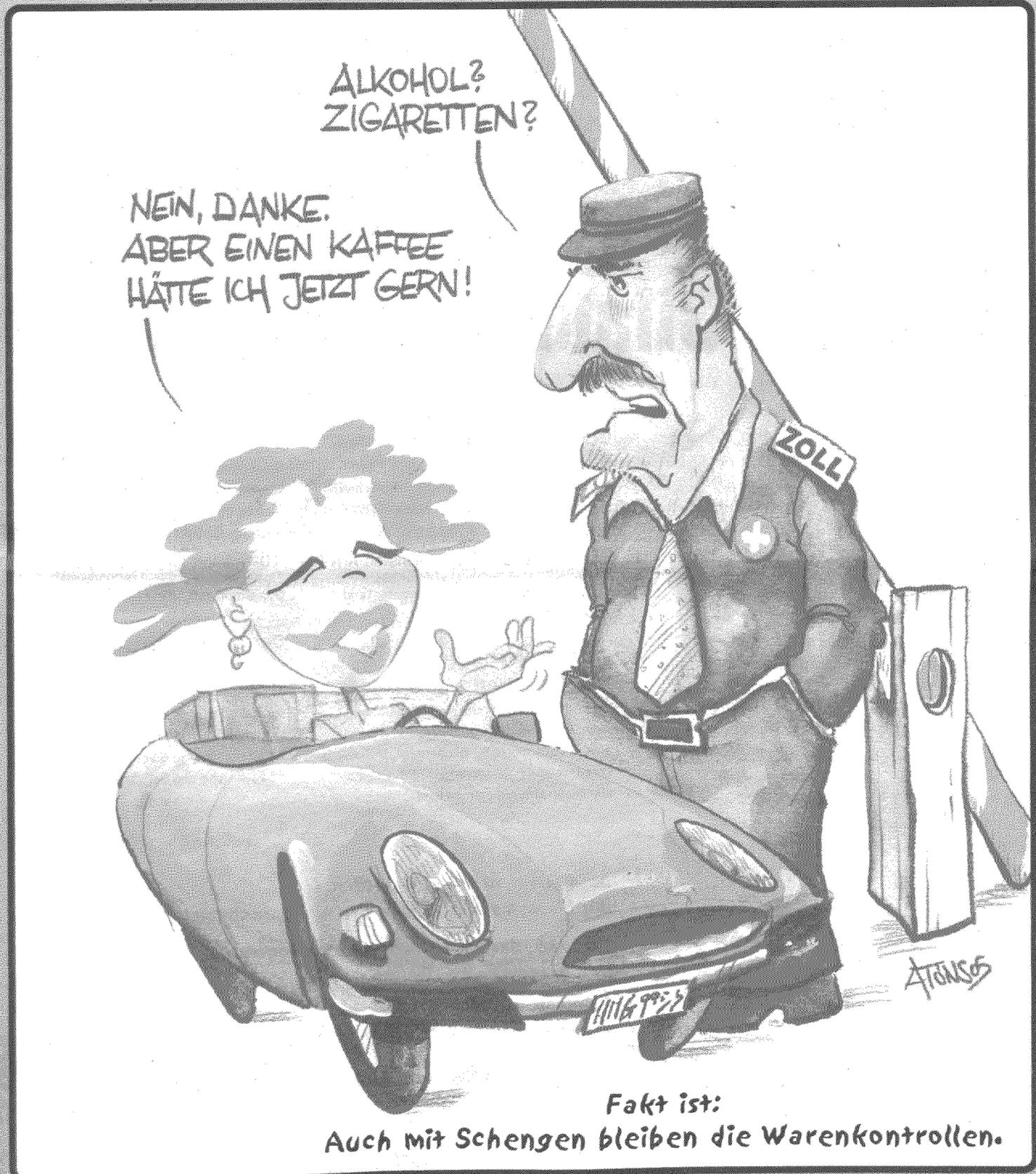
20. August

Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Zürich

25. September

Eidgenössische Abstimmung

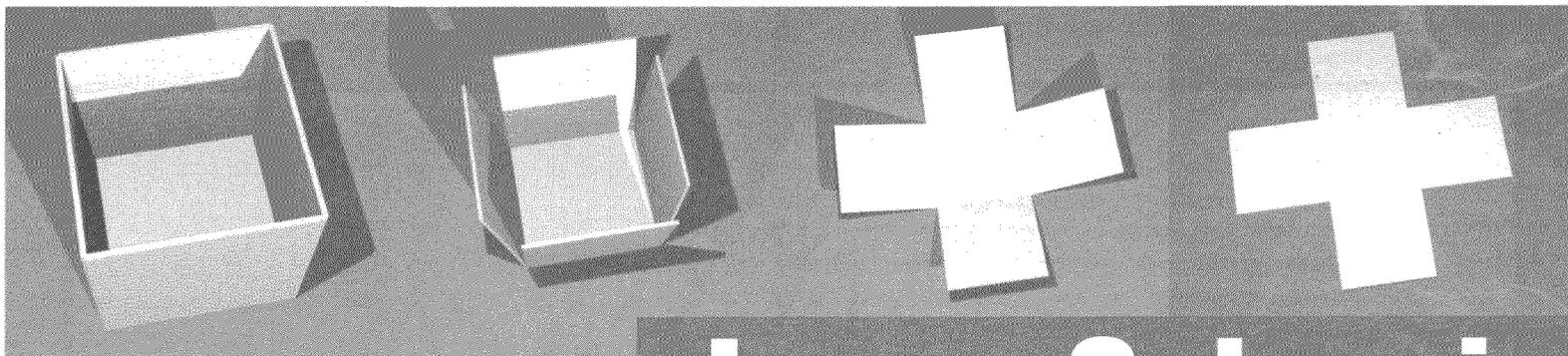
- Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit der EU



Fakt ist:
Auch mit Schengen bleiben die Warenkontrollen.

Karikatur Andreas Töns

Ein souveräner Entscheid.



Ja zur Schweiz Ja zu den Bilateralen Abkommen

Der Volksauftrag

Im Jahr 2000 hat sich das Volk klar für den Bilateralen Weg entschieden: 67% der Schweizerinnen und Schweizer haben den Bilateralen Abkommen mit der EU zugestimmt. Diese Abkommen mit unserem wichtigsten Wirtschafts- und Handelspartner haben sich bewährt. Die Bilateralen sind für unser Land unverzichtbar.

Jetzt den Bilateralen Weg fortsetzen

Die Bilateralen Abkommen II liegen auf dem Tisch. Ebenso das Personenverkehrs-Abkommen mit den neuen EU-Ländern. Ohne die Erweiterung der Personenfreizügigkeit sind alle Bilateralen Abkommen I gefährdet.

Das Parlament hat entschieden:

Wir bleiben ein Land, das sich nicht abschottet.

Ein Land, das weiterhin auf nutzbringende und pragmatische Lösungen setzt.

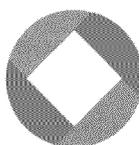
Souverän verhandelt

Unser Land hat klug verhandelt und viel erreicht. Die Interessen der Schweiz bleiben gewahrt. Die neuen Abkommen sind ein wichtiger Beitrag für Wachstum und Sicherheit. Es wäre ein grosser Fehler, die Verträge nun durch Fundamentalopposition aufs Spiel zu setzen.

Opposition ohne Alternative

Die Schweiz braucht die Bilateralen Abkommen, um die guten Beziehungen zur EU zu festigen. Die Verträge fördern wirtschaftliche Entwicklung und tragen damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Sicherung der Sozialwerke bei.

Das ist Souveränität.

FDP 

Freisinnig-Demokratische Partei